6. Jahrg. Nr. 184[A]

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Sichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklamezeile: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Dienstag, 9. Dezember 1924.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.25 Gm wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kiosk 10 Pf

Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 441 — Fernsprecher: Breslau, Ring 3857.

Wahlsieg der KPD: 2679000 Stimmen.

Der Regierungsschacher beginnt. — Die „siegreiche" SPD. soll ausgeschaltet werden.

Um die Regierungsbildung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 9. Dezember.

Das Reichskabinett wird Mittwoch zu seinem Rücktritt Stellung nehmen. Am 5. Januar soll die erste Vollsitzung des Reichstages stattfinden. Die Berliner Presse beschäftigt sich eifrig mit der Regierungsbildung. Der „Tag", das Zentralorgan der Deutschen Volkspartei, erklärt, daß eine Regierungsbildung nur auf der Basis in Frage käme, die vor Auflösung des Reichstages von dem Bürgertum erstrebt wurde, nämlich des Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien ohne die Sozialdemokratie. Sozialpolitische und wirtschaftliche Fragen von einer Bedeutung ersten Ranges würden den neuen Reichstag beschäftigen, von denen Dr. Stresemann erklärte, daß sie mit der Sozialdemokratie nicht zu lösen seien. Der „Vorwärts" umwirbt die Deutsche Volkspartei und rühmt seine Verdienste um die Bourgeoisie, um seine Hereinnahme in die Regierung zu erwirken.

*

Damit wäre die Regierungsbildung auf demselben toten Punkt angelangt, der zur Auflösung des vorigen Reichstags führte. Die wunderbarsten Wahlziffern können nicht die tatsächlichen Machtverhältnisse umstoßen. Die Bourgeoisie ist durch die schwächliche Kompromißpolitik der Sozialdemokratie erstarkt und glaubt, auch ohne Beihilfe der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterschaft regieren zu können. Gerade in der Stärke der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion sieht sie ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterschaft, ihres ideologischen Schwankens, ihrer Verzweiflungsstimmung. Unbekümmert darum, ob es zu einer Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur SPD. oder zu einem Block aller bürgerlichen Parteien kommt, das Bürgertum hat seine Position gestärkt. Die Waffen, die die Arbeiterschaft 1918 in der Hand hatte, waren eine bessere Sicherung ihrer Lage, als es die 121 sozialdemokratischen Reichstagsmandate sind.

489 Reichstagsabgeordnete.

Die vorläufigen Ergebnisse aus allen Wahlkreisen, die bis jetzt beim Reichswahlleiter eingegangen sind, betragen:

Sozialdemokraten	7788250 =	130 Mandate	(100)
Deutschnationale mit Landlisten	6620258 =	110 Mandate	(106)
Zentrum	4061593 =	68 Mandate	(65)
Kommunisten	**2679429 =**	**45 Mandate**	**(62)**
Deutsche Volkspartei	3017132 =	50 Mandate	(45)
Nationalsozialisten	891671 =	14 Mandate	(32)
Demokraten	1902846 =	32 Mandate	(28)
Bayerische Volkspartei	1111786 =	19 Mandate	(16)
Wirtschaftspartei und Bayer. Bauernbund	995723 =	17 Mandate	(16)
Deutsch-Hannoversche Partei	258145 =	4 Mandate	(4)
Deutschsoziale	(fehlt noch) =	— Mandate	(4)
		489 Mandate	(472)

446 Landtagsabgeordnete.

Das vorläufige Ergebnis der preußischen Landtagswahl stellt sich wie folgt:

Sozialdemokraten	4,522 Mill.	Stimmen =	113 Mandate	(142)
Deutschnationale	4,363 Mill.	Stimmen =	109 Mandate	(77)
Zentrum	3,178 Mill.	Stimmen =	79 Mandate	(79)
Kommunisten	**1,752 Mill.**	**Stimmen =**	**44 Mandate**	**(27)**
Deutsche Volkspartei	1,765 Mill.	Stimmen =	44 Mandate	(57)
Nationalsozialisten	0,450 Mill.	Stimmen =	11 Mandate	(–)
Demokraten	1,071 Mill.	Stimmen =	27 Mandate	(25)
Wirtschaftspartei	0,451 Mill.	Stimmen =	11 Mandate	(4)
Hannoveraner	0,256 Mill.	Stimmen =	6 Mandate	(3)
Polen (nat. Minderh.)	0,065 Mill.	Stimmen =	2 Mandate	(2)
			446 Mandate	(422)

Das Ergebnis der hessischen Landtagswahlen.

Frankfurt a. M.

Bei den gestrigen Wahlen zum hessischen Landtag wurden gewählt: 25 Sozialdemokraten (24), 5 Deutschnationale (3) 11 Zentrum (13), 4 **Kommunisten (2)**, 9 Deutsche Volkspartei (10), 1 Nationalsozialist (0), 6 Demokraten (5), 9 hessischer Bauernbund (3), 3 hessische Landliste (11). In den Klammern stehen die Ergebnisse der Landtagswahl vom 27. November 1921. Es ist möglich, daß das Zentrum noch einen Sitz erhält.

Genosse Eildermann frei.

Nach 9 monatiger Untersuchungshaft wurde Genosse Willy Eildermann, der frühere Redakteur der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Anklage ist vollständig zusammengebrochen.

Wir begrüßen unsern alten Kampfgenossen und hoffen, daß er bald wieder in vorderster Front den Kampf führen wird.

Stadtverordnetenwahlen.

Darmstadt.

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl erhielten nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis die Sozialdemokraten 43588, die Deutschnationalen 9515, Zentrum 33505, **Kommunisten 24268**, Deutsche Volkspartei 20110, Nationalsozialisten 1034, Demokraten 8470, Unabhängige 1200, Kriegs- und Arbeitsopfer 4758, Polen 1554, Gewerbliche Mittelstandspartei 5465, Vereinigung der wirtschaftlich Schwachen 735 Stimmen.

*

Dortmund.

Die 68 Sitze der Stadtverordnetenversammlung verteilen sich folgendermaßen: Sozialdemokraten 21 (11), Deutschnationale 4 (4), Zentrum 15 (14), **Kommunisten 11** (20), Deutsche Volkspartei 9 (12), Demokraten 4 (4), Partei der Kriegs- und Arbeitsopfer 2 (4), Gruppe des gewerblichen Mittelstandes 2 (0).

Bremer Bürgerschaftswahl.

(Eigener Drahtbericht.)

Bremen, 9. Dezember.

Bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft erhielten die Parteien folgende Zahl von Sitzen (in Klammern sind die Ergebnisse der Wahlen vom Jahre 1923 eingesetzt):

SPD. 47 (36) (1921 51), **KPD. 9** (18) (1921 6), Deutschnationale 13 (12), Zentrum 3 (2), Deutsche Volkspartei 22 (26), Völkische 4 (7), Demokraten 14 (16), Hausbesitzer 8.

Braunschweiger Landtagswahlen.

(Eigener Drahtbericht.)

Hannover, 9. Dezember.

Bei den Wahlen zum Braunschweiger Landtag brachten die politischen Parteien folgende Zahl von Abgeordneten durch:

KPD. 2, SPD. 18, Deutschnationale 10, Deutsche Volkspartei 10, Wirtschaftspartei 4, Welfen 1. Der Bürgerblock hat also 25 Sitze inne und damit die absolute Mehrheit.

Die „tote" KPD.

Severing sagte in einer Wahlversammlung in Liegnitz: „Die Kommunisten sind tot und über Tote spricht man nicht."

Einige Zahlen aus Schlesien beweisen, daß Severing ein großes Maul hat.

Wir erhielten in:

Glogau	**731**	**(582)**
Beuthen	**3447**	**(2924)**
Kreis Löwenberg	**707**	**(129)**
Hainau	**1055**	**(388)**
Gr.-Wartenberg	**23**	**(7)**

Die Kommunisten leben trotz Terror. Wir werden es Severing weiter beweisen.

Kommunistenhetze in Frankreich

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 9. Dezember.

Der „linke" Herriot hat den Ehrgeiz, es in der Verfolgung der Kommunisten den deutschen Hütern der Demokratie gleichzutun. Die ungeheuren Massendemonstrationen der KPF. in der letzten Zeit hatten als Gegenmaßnahme der Regierung die Ausweisung von 60 Genossen zur Folge. In Roubaix versuchten die Behörden, durch Lockspitzel die Massen anläßlich einer gewaltigen Demonstration zu einem Putsch aufzuhetzen. Der Plan mißlang. Die Meldung der bürgerlichen Presse, daß auch Guilbeaux in Paris verhaftet worden sei, ist unwahr. Guilbeaux hält sich nach wie vor in Berlin auf.

Die SPD. legt den Deckel über die Barmatkloake.

Wir haben ungeheuerliches Material über die Verbindung des Barmatkonzerns mit der 2. Internationale, insbesondere mit der deutschen Sozialdemokratie vor einer Woche veröffentlicht. Die Sozialdemokratie will es so hinstellen, als handle es sich nur um eine Wahlbombe, die nun, mit dem Abschluß der Wahl, erledigt sei. Aber es handelt sich für uns nicht darum, der SPD. durch unsere Enthüllungen zehn Mandate abzujagen, sondern den zum Himmel stinkenden Korruptionssumpf der SPD. vor den Arbeitern aufzudecken.

Die erste Antwort der „Volkswacht" war:

„Niemand kann klagen und Wahrheitsbeweis verlangen."

(„Volkswacht" vom 3. Dezember 1924, Artikel „Der Wahlschwindel der KPD.", Zeile 35). Wir führen die Belege für das Zitat deshalb so genau an, weil die „Volkswacht" in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember behauptet:

„Die „Schlesische Arbeiterzeitung" erfindet unter Verschweigung der von uns angeführten Tatsachen Sätze (in Anführungszeichen!), die angeblich (!) in der „Volkswacht" standen, tatsächlich nie darin gestanden haben!"

Die Antwort der „Volkswacht", sie könne nicht klagen und Wahrheitsbeweis verlangen, war ein Rückzieher. Die „Volkswacht" gab damit bereits zu, daß unsere Angaben auf Wahrheit beruhen. Denn unsere Angaben waren bestimmt genug, um gegen uns zu klagen.

Die „Volkswacht" beklagt sich, daß wir die Berichtigungen Heilmanns und Eberts jun. im „Vorwärts" nicht abgedruckt hätten. Wir stellen fest, daß wir in unserer Sonnabendausgabe diese Berichtigungen gebracht haben. Wir stellen jedoch weiter fest, daß

die „Volkswacht" diese Berichtigungen nicht gebracht hat.

Warum?

Weil die „Volkswacht" Heilmanns Stellung als mehrfacher Aufsichtsrat bestritt und behauptete, er sei nur „Rechtsberater", während Heilmann in der Berichtigung an den „Vorwärts" selbst zugab, mehrfacher Aufsichtsrat zu sein.

Weil ferner die „Volkswacht" bestritt, Ebert jun. sei jemals bei Barmat beschäftigt gewesen, während Ebert jun. in seiner Berichtigung an den „Vorwärts" das unumwunden zugibt.

Wir machen der Sozialdemokratie keine Vorwürfe, wenn sie in „gemeinnützigen, staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmungen" Aufsichtsratsposten bekleidet, wie z. B. Genosse Sobottka in der Preußischen Bergwerks-A.-G. (staatlich), wie wir bereits Sonnabend in der „Arbeiterzeitung" betonten. Aber der Barmatkonzern ist kein „gemeinnütziges, staatliches oder genossenschaftliches" Unternehmen, sondern ein großkapitalistisches Privatunternehmen. Selbst wenn es wahr wäre, daß Heilmann für seine Aufsichtsratstätigkeit daselbst nichts bekäme, was ihm nicht einmal ein Verrückter glauben wird, geschweige ein Mensch mit gesundem Menschenverstand, so kann doch niemals ein Vertreter von Aktionärinteressen gleichzeitig Arbeiterinteressen vertreten.

Es steht also fest:

1. **Barmat hat sich von 1918 an emporgearbeitet von einem kleinen Lebensmittelhändler zu einem vielfachen Millionär.**

2. **Sozialdemokratische deutsche Führer lassen sich von Barmat laufen, angefangen mit Schlemmereien in dem teuersten Hotel von Berlin bis herauf zur Bekleidung von Aufsichtsrats- und Sekretärposten.**

3. **Barmat erhält von der Sozialdemokratie Monopole auf dem Gebiet des Außenhandels und der Lebensmittelbelieferung für die Länder mit sozialdemokratischer Regierung.**

4. **Barmat erhält von der Preußischen Staatsbank in einer Zeit größter Finanznot gerade der arbeitenden Bevölkerung 30 Millionen Mark geliehen.**

5. Barmat finanziert den antibolschewistischen Georgienschwindel.

6. Barmat finanziert die Sitzungen der 2. Internationale.

7. Barmat gibt Geld in eine gewerkschaftliche Streikkasse, als Gegenleistung würgen die Gewerkschaftsführer den holländischen Transportarbeiterstreik ab.

8. Einer der drei Beiden mat steht in Sowjetrußland für etwa 6 Millionen Werte, die er nach Deutschland herüberschmuggelt.

Das ist der „anständige Geschäftsmann" Barmat, dessen Freundschaft sich Heilmann sogar noch rühmt, mit dem eng befreundet zu sein die Redaktion des „Vorwärts" im Namen der sozialdemokratischen Parteileitung zugibt.

Jedes weitere Wort des Kommentars erübrigt sich.

Arbeiter, Ihr habt das Wort!

Der Kommunistenterror geht weiter.

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 9. Dezember.

Kriminalbeamte erschienen in der Wohnung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ströbel, um ihn zu verhaften. Unser Genosse war nicht anwesend. Sie nahmen daraufhin eine Haussuchung vor.

(Eigener Drahtbericht.)

Chemnitz, 9. Dezember.

Hier fanden Haussuchungen bei mehreren Funktionären statt. Kriminalpolizei suchte angeblich nach Waffen. Ein n Erfolg hatte sie nicht aufzuweisen.

Belagerungszustand gegen Streikende.

(Eigener Drahtbericht)

Straßburg, 9. Dezember.

Gegen die streikenden Kaliarbeiter Elsaß-Lothringens wurde der Belagerungszustand verhängt. Der Streik geht weiter. Die Regierung hat kriminelle Gefangene als Streikbrecher zur Verfügung gestellt und Gendarmerieverstärkungen kommen ins Land.

Sozialdemokraten ehren wie Weißgardisten.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 9. Dezember.

Wie der „Vorwärts" meldet, nahmen die estnischen Sozialdemokraten an der feierlichen Beisetzung der Weißgardisten, die im Kampfe gegen die Arbeiterschaft gefallen waren, teil.

*

Es kennzeichnet die Sozialdemokraten, die Totenfeiern für gefallene Proletarier mit Gewalt auseinanderjagen, denken wir doch nur an die alljährliche Saboteage der Rosa Luxemburg-Liebknecht-Feier durch die Sozialdemokraten, den Weißgardisten bis übers Grab hinaus die Treue bewahren.

Arbeitslosenkrawalle im österreichischen Parlament.

Das „stabilisierte" Ländchen.

Bei der Eröffnung des Parlaments hatten sich viele Arbeitslose auf den Tribünen angefunden, die bei Eröffnung der Sitzung in den Saal riefen: „Ihr laßt die Arbeitslosen verhungern! Gebt uns Arbeit, denn fordern wir keine Unterstützung!" „Aufhängen sollte man Euch!" Der christlichsoziale Berichterstatter war über diese ungewohnte Erscheinung so entsetzt, daß er kein Wort mehr hervorbrachte. Durch Polizeidiener wurden die Arbeitslosen von den Tribünen entfernt und aus dem Parlament getrieben. Einige Arbeitslose blieben noch auf der Galerie und unterbrachen die Parlamentssitzung durch wiederholte Rufe: „Hunger! Hunger!", bis auch sie aus dem Parlament entfernt wurden.

— **Der Völkerbundsrat** ist erneut in Rom zusammengetreten um die Irakfrage zu besprechen.

Haarmann vor dem Schwurgericht.

Die Schleier sollen nicht gelüftet werden.

Der Prozeß gegen den Massenmörder Haarmann, Vertrauensmann der hannoverschen Kriminalpolizei hat begonnen. Die Tribünen sind überfüllt, allerdings nur von „Auserwählten". Da sieht man den Berliner Polizeipräsidenten Richter, den hannoverschen Polizeipräsidenten von Beckerrath, den Oberpräsidenten von Hannover Noske und noch mehrer hohe Persönlichkeiten, die ein großes Interesse an Haarmann haben.

Es sei vorweg bemerkt, daß Haarmann bereits 15mal vor Gericht gestanden hat. Haarmanns Laufbahn war eine äußerst bewegte. Höherer Schüler, Unteroffizierschule, angesehene Persönlichkeit bei der Polizei und schließlich Inhaber eines Kriminalinstituts. **147 Anklagen liegen gegen Haarmann vor.** Das Gericht nahm jedoch nur 20 Anklagen auf. Da Haarmann in der Untersuchungshaft und im Sanatorium sehr gut gepflegt wurde und Wein und dicke Zigarren traktiert bekam, sah er sehr gut aus (im Gegensatz zu den politischen Gefangenen).

Der Polizeipräsident von Hannover stellte bei der Verhaftung von Haarmann fest, daß **derselbe der Polizei gut bekannt war und sogar eine Zeitlang als Spitzel für die Polizei mit einigem Erfolg tätig gewesen sei.**

Man hat nach der Art der Vernehmung Haarmanns das Gefühl, daß die Behörden recht viel zu vertuschen haben. Da Haarmann auch heute noch diesen Vertuschungsskandal mitmacht, kann man nicht sehr viel neues belastendes Material für die Behörden erhalten. Aber manchmal versagt die „Intelligenz" des Polizeispitzels Haarmann. Als der Richter ihn fragte, ob er mit der Ausweiskarte durch die Bahnhofssperre ging, antwortete Haarmann unter lautem Lachen:

„Nein, nein, das brauchte ich gar nicht, die kannten mich alle vom Kommissar Müller (der Chef der Kriminalwache) her."

Der erste Verhandlungstag.

Vorsitzender: „Sie waren einmal angeklagt wegen § 175?"

Haarmann: **„Nein, nein, so was mache ich nicht, das ist ja Schweinerei!"**

Vorsitzender: „Sie haben doch auch Fleisch verzehrt, wo haben Sie das denn hergenommen?" Haarmann grinst über das ganze Gesicht und zeigt, während er nach dem Publikum sieht, mit dem Daumen über die Schulter nach dem Vorsitzenden, lacht und antwortet, er meint das auch. **„Nein, nein, das ist Kaninchenfleisch gewesen, auch Pferdefleisch. Ich weiß wohl, daß Ahrberg auf dem Schützenfest keine Würstchen mehr verkaufen konnte, weil sie alle sagten, das ist Haarmannwurst."**

Der Vorsitzende kommt dann auf die

Ermordung Friedel Rothes in der Celler Straße

und die damit im Zusammenhang stehende Haussuchung zu sprechen. Haarmann erzählt, daß er **den Friedel Rothe in der Celler Straße umgebracht habe.** Die Leiche habe erst einige Tage so gelegen. Dann habe er sie zerstückelt und das Fleisch in einen Koffer gelegt. Den Kopf habe er eingewickelt und zwischen Ofen und Koffer gestellt. Als nun die Haussuchung war, habe er eine Heidenangst ausgestanden,

weil der Kopf noch dagestanden habe und der Koffer billig war.

Die Leichenteile habe er bereits in die Eilenriede gebracht.

Hierauf wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Staatsanwalt erklärt, er lege besonderen Wert darauf, festzustellen, daß die Behauptung Haarmanns, der Schädel habe sich während der Haussuchung in seiner Wohnung befunden,

eine ganz einseitige Behauptung Haarmanns und sehr zweifelhaft sei. (!)

Haarmann erzählt dann, auf welche Art er die Opfer umgebracht hat:

Er hat sich mit den Opfern zu Bett gelegt und mit ihnen noch poussiert. In seiner Liebesraserei müsse er sie dann erdrosselt haben. Wie das geschehen ist, weiß er nicht anzugeben. Als sie tot waren, hat er sie auf die Erde gelegt und mit dem Messer die Bauchhöhle aufgeschnitten. Die Eingeweide hat er in einen Eimer getan. Das sich in der Bauchhöhle ansammelnde Blut hat er mit einem Tuch ausgeschöpft und das Tuch über dem Eimer ausgewrungen. „Manchmal habe er auch die Hände genommen (er hält die hohlen Hände gegeneinander), dann schuckelt das so." Er hat dann den ganzen Körper zerlegt, das Fleisch von den Knochen getrennt und zuletzt den Hals abgeschnitten.

„Ich habe zuerst immer ein Tuch über den Kopf gedeckt, dann guckten mich die Augen nicht mehr an. Dann habe ich mit einem Messer die Kopfhaut abgeschnitten, so wie es die Indianer machen. Dann habe ich die Kopfhaut in kleine Stücke geschnitten und in den Eimer geworfen. Dann habe ich mit dem Beil auf dem Schädel herumgeschlagen, bis sich die Schädeldecke löste. Das geht so wie mit einer Kokosnuß."

Im Hause und in der Wohnung Haarmanns waren des öfteren Kriminalbeamte. Haarmann hat des öfteren Dienste für die Polizei geleistet. Er erklärte wörtlich:

„Eines Tages kam Kommissar Müller zu mir und sagte, ich kenne doch alle, ich soll doch der Polizei einmal Winke geben. Ich habe dann auch der Polizei immer Mitteilung gemacht von den Sachen, die ich wahrgenommen habe."

Der 2. Verhandlungstag bringt ebenfalls interessante Dinge. Wie verabredet, stellt der Vorsitzende die Frage an Haarmann, ob er auch als politischer Spitzel tätig gewesen sei. Haarmann antwortet mit einem einmaligen Nein; daraufhin war diese Angelegenheit für Gericht und Polizei erledigt. Jedoch für die Arbeiter und die Bevölkerung Hannovers bedeutet dieses Verfahren das offene Eingeständnis, daß Haarmann tatsächlich auch als politischer Spitzel gegen die KPD. verwandt wurde. Das Gericht vernimmt Haarmann nunmehr auf die einzelnen Fälle seiner Mordtaten. Wir wollen nicht die Bestialität dieses brutalen Mörders näher schildern. Ein vernünftig denkender Mensch kann sich keinen Begriff davon machen, wie Haarmann mit seinen Opfern umgegangen ist.

Derselbe Mann, der Dutzende am lebendigen Leibe aufgefressen hat, war gut genug, um als Spitzel gegen die KPD. verwandt zu werden.

Haarmann hat eine Anzahl politische Gefangene denunziert und hinter die Gitter gebracht.

Doch Haarmann ist nicht der einzige Angeklagte in diesem Prozeß. Da ist sein Komplize Grans und da sind all diejenigen, die mit roten Köpfen im Zuhörerraum sitzen. Das ganze System ist angeklagt.

Eine Gesellschafts- und Wirtschaftsform, die einen Haarmann jahrelang wüten lassen kann und ihn noch benutzt, um politische Spitzeldienste zu leisten, muß verschwinden.

Verschwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kantorowicz.

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

46]

„Das ist ja Wahnsinn!", sagte sie. „Bei dem Photographen waren sicher Agenten gewesen. Als ich mit Alexander bei ihm war, machte die Frau des Photographen hinter seinem Rücken, als er in dem Album blätterte, ein ungweideutiges Zeichen. Und dort willst du hingehen?"

„Nein, in ein anderes Atelier!"

„Das ist egal! Man kann den Befehl erlassen haben, jeden zu verhaften, der nach diesen Bildern fragt."

Wir legten dieser Sache kein Gewicht bei.

Es war spät, als wir uns trennten.

Am nächsten Tage nachmittags ging ich nach Hause, um mich zu der von Nietschajeff erbetenen Unterredung umzuziehen, ich begegnete Wera auf der Straße, sie war blaß und ihr Kinn zitterte:

„Michailoff hat man soeben beim Photographen verhaftet!"

Ich erzitterte, etwas Kaltes bohrte sich in mein Herz und eine innere Stimme flüsterte: Mach Schluß! Mach auch du endlich Schluß!

„Man muß die andern benachrichtigen!", sagte ich zu Wera. „Ich bin erst um neun Uhr frei.

Die Zusammenkunft mit Nietschajeff war auf sechs Uhr festgesetzt — ich mußte mich beeilen.

*

Nietschajeff hatte in der Einsamkeit des Gefängnisses nichts von seiner dämonischen Kraft verloren, die ihm Macht verlieh über jeden, der sich ihm näherte. Während der Gerichtsverhandlung hatten die Richter nichts von ihm zu hören bekommen außer dem Ausruf: „Ich bin nicht mehr Sklave eures Tyrannen. Ich lehne euch ab als Richter! Die Regierung vergrub ihn lebend in der Festung Petropawlowsk im Alexejschen Ravelin. Hier erschien bei ihm der Vorsteher der dritten Abteilung, General Potapoff, er versprach ihm die Strafe zu mildern, wenn Nietschajeff über die revolutionäre Bewegung Angaben und Geständnisse machen würde. Nietschajeff hatte ihm mit einer Ohrfeige geantwortet. Dafür wurde er an die Wand geschmiedet. Aber auch diese Strafe konnte seine Kraft und seinen Charakter nicht brechen. Angeschmiedet in seiner Zelle, die einem Grabe glich, von der Welt abgeschnitten, hatte er doch die Soldaten zu überzeugen vermocht, daß er der Repräsentant einer geheimen, drohenden Macht wäre, daß man ihn gefesselt und seiner Freiheit beraubt fürchtete. Geschickt hingeworfene Andeutungen ließ er in den Soldaten zu dem Gedanken heranreifen, daß er mit dem rechten Zaren im Einverständnis wäre, mit dem Großfürsten Konstantin; Alexander hätte keinen Anspruch auf den Thron, weil er geboren war, als sein Vater noch Thronfolger war. Er hatte es verstanden, in den einfachen Gemütern der Soldaten den Ton anzuschlagen, der auch im ganzen Volk lebendig war: das war der Verdacht, daß es sich um den Unrechten handle, da das Leben so übel ist! Ueber den Großfürsten Konstantin waren viele unklare Legenden im Umlauf. Nach dem Attentat Karakosoffs schürte Murawieff noch absichtlich, um den Verdacht auf Konstantin zu lenken, von dem das Volk viel erwartete. Konstantin aber, dieser liberale und geliebte Mann, hatte während des türkischen Krieges allerlei Kriegslieferungen und ähnliches genascht und auf den Hunger des gemeinen Soldaten spekuliert. Die Soldaten aber, die Nietschajeff bewachten, glaubten gern, daß der strenger als die anderen gehaltene Sträfling tatsächlich ein mächtiger und gefährlicher Mensch sein müßte. Sie wurden in ihren Vermutungen durch Nietschajeffs mutiges Benehmen bestärkt. Und außer dem Gefühl der Unterlegenheit, welches niedrige und knechtische Menschen befällt, wenn sie mit Stärkeren in Berührung kommen, war die dem General verabreichte Ohrfeige eines der stärksten Argumente. Wer Generale so behandelt, muß ein großer und mächtiger Mann sein. Damals beherrschte Nietschajeff den größten Teil der Garnison schon in dem Maße, daß ich von einem Soldaten zu ihm hingeleitet wurde. Wir kamen über die Zugbrücke, der Wind hatte den Schnee fortgefegt, so daß der Fluß tiefschwarz erschien. Im Hofe der Festung war es dunkel. Der Soldat rief die Parole und flüsterte hier und da mit den Posten und die eisernen Tore und Gitter öffneten sich nacheinander vor uns. Wir gingen durch einen gewölbten, gewundenen Korridor, ich hatte das Gefühl von Katakomben und unwillkürlich suchte ich mit den Augen nach einem Winkel, in dem ich ruhen würde. Endlich öffnete der Soldat eine Tür. Die Zelle war von einer schlechten, blakenden Küchenlampe erleuchtet. Als ich eintrat, erklirrten die Ketten. In der Ecke erblickte ich zwei glühende Augen. Ich konnte Nietschajeff nicht wiedererkennen. Vor mir saß ein menschliches Gerippe mit flammendem Blick. Erst als er zu sprechen begann, erklang es in mir wie eine Erinnerung. Auch er hatte mich nicht sofort erkannt. Erschüttert näherte ich mich ihm. Als ich neben ihm war, sah ich mit Entsetzen, daß sein Gesicht sich krampfte vor unterdrücktem Schluchzen. Noch nie hatte ich etwas so Schreckliches gesehen, wie dieses in der flammenden Brust verhaltene Weinen. Meine Beine erzitterten, ich konnte kein Wort herausbringen. Durch schwere, erstickende Tränen hindurch flüsterte ich: „Freund! Freund! Nach so vielen Jahren . . ." Nietschajeff erhob die Hand und strich über meine Stirn und meine Schläfen, liebkosend führte er seine Hand über mein Haar, legte sie mir auf die Schulter und blickte mir tief in die Augen. Ich konnte nicht sprechen. Mein Kopf wollte zu seinen Füßen, an seinen Knien liegen. Ich hatte nicht gedacht, daß mich irgendetwas so erschüttern könnte. Nietschajeff ergriff meine Hände und preßte sie. Er hatte heiße Hände.

„Du hast doch ausgehalten, Aristokrat!", sagte er. Man nannte mir deinen Namen. Ich hab' mich so gefreut. So viele Jahre sind's schon, daß ich keinen Menschen gesehen."

Schnell und atemlos erzählte ich ihm, was bei uns vorginge. Er hörte zu, richtete sich immer mehr auf, wurde stolz.

Ich sagte ihm, wir möchten ihn möglichst bald befreien.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaft.

Nun erst recht — heran an die Gewerkschaftsarbeit!

Der Tag der Reichstagswahlen ist vorüber. Der letzte Trumpf, den die Partei des Arbeiterverrats, die SPD., ausspielte gegen die Kommunisten, klang in dem Triumphgeschrei aus:

„Die Novemberniederlage der Kommunisten!"

Die Niederlage der Kommunisten, die die Gehirne der SPD. ausgeheckt haben, sollte darin beruhen, daß es den Kommunisten nicht gelang, noch vor den Wahlen die Arbeitermassen in umfassende Wirtschaftskämpfe zu führen. Und die SPD. brachte den traurigen Mut auf, diese Niederlage der gesamten deutschen Arbeiterbewegung in die Niederlage der Kommunisten umzudichten. Noch am Tage vor den Wahlen ist der Traum zerronnen. Den blutigen Ernst des Erwachens bekamen am 6. Dezember die Bergarbeitermassen zu spüren, denen die SPD. durch alle möglichen Versprechungen, kampflose Erringung ihrer Forderungen zusicherte und sie auf diese Weise vom Kampfe abhielt. Der SPD.-Verbündete, Reichsarbeitsminister des Zentrums, Dr. Brauns, erklärte am 5. Dezember, daß er angesichts der Ablehnung des Bergbauschiedsspruchs seitens der Zechengewaltigen nicht imstande ist, auch nur diesen lächerlichen Schiedsspruch verbindlich zu erklären, der den Bergarbeitern die verlängerte Arbeitszeit auch weiterhin auferlegte und an Stelle der geforderten 30 Prozent Lohnerhöhung nur etwa 9 Prozent, d. h. einen gewaltigen Lohnabbau zusicherte. Die Bergarbeiter konnten auf diese Weise noch knapp vor den Wahlen den Betrug ihrer „Feinde, des Zentrum-Brauns, und des SPD.-Mehlich erkennen.

Wie es möglich war, daß trotz der ungeheuren Erbitterung der Arbeitermassen, des unerträglichen, von Tag zu Tag steigenden Elends den arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführern es gelungen ist, große Wirtschaftskämpfe zu verhüten — das haben wir bereits im großen in dem Artikel „In der Werkstatt haben wir bereits im großen in dem Artikel „In der das Zusammenspiel der arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführer, der staatlichen Schlichtungsinstanzen und der Unternehmerverbände an Hand der Selbstenthüllung des Oberschlichters von der SPD., Herrn Mehlichs. Aber die Arbeit der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen kann den Arbeiterverrätern dort oben, in den Dschungeln der Arbeitsgemeinschaft das Handwerk kaum legen. In den Belegschaftsversammlungen, in den Ortskartellen, — da ist der Boden, von dem aus jenen Leuten das Handwerk gelegt werden kann, die Wurzel ihres schändlichen Treibens vernichtet werden muß.

Wie wird die Taktik des großzügigen Arbeiterverrats da unten, in den Ortsgruppen und Betrieben im Auftrage der großen Bonzen von den kleineren Gewerkschaftsbürokraten betrieben? In den letzten Wochen des Anwachsens der Kampfstimmung unter den Gewerkschaftsmassen zeigte fast jede Betriebsversammlung, Zahlstelle- und Ortsgruppenversammlung folgendes charakteristisches Bild:

Die Belegschaft drängt auf eine 30 und 40prozentige Lohnerhöhung und zwingt den Betriebsrat, eine Versammlung einzuberufen und einen Verbandsvertreter zum Erscheinen aufzufordern. In der Versammlung wird meistens von der revolutionären Gewerkschaftsfraktion aus — der Antrag auf die verlangte Lohnerhöhung formuliert und eingebracht und meistens von allen Arbeitern, ohne Rücksicht auf ihre Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, unterstützt. Nun tritt die Taktik der Kampfsaboteure in Aktion. Der Verbandsvertreter erklärt äußerst liebenswürdig, daß das Stellen von Forderungen und ihr Durchboxen zweierlei ist. Denn es muß erstens die Lage der betreffenden Industrie, die Absatz- und ähnlichen Verhältnisse in Betracht gezogen werden und zweitens spielen die Organisationsverhältnisse gleichfalls eine große Rolle. Er weist daher darauf hin, daß, erstens eine bessere Konjunktur abgewartet werden muß, und ferner eine Kontrolle der Organisationsverhältnisse vorerst vorzunehmen sei. Um zu beweisen, daß das Durchboxen der Forderungen gar keine so einfache Sache ist, erwähnt er meistens die vergangenen Monate, in denen die Gewerkschaft nicht imstande, einen günstigen Tarifvertrag bei den Arbeitgebern zu erzielen, den a i o e n Zustand zu leß und jedem Betrieb den Abschluß eines günstigeren Abkommens auf eigene Faust überließ. Der tariflose Zustand hat aber gerade in den meisten Fällen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach sich gezogen. Und deshalb müßte man gegenwärtig nur derartige Forderungen stellen, die der Lage der Industrie und des Organisationsverhältnisses entsprechen, den Unternehmern als die annehmbare Verhandlungsbasis erscheinen würden. Er behauptet keineswegs als ob die Forderung auf eine Lohnerhöhung um 30 oder 40 Prozent ungerecht oder übertrieben wäre, ersuche aber die Versammlung, alle von ihm angeführten Gründe in Betracht zu ziehen und den Antrag derart umzuändern, daß das Ortskartell aufgefordert wird, Lohnverhandlungen einzuleiten und selber die Höhe der Forderungen zu bestimmen.

Eine derart eingeleitete Betriebsversammlung endigt meistens damit, daß die Versammlung trotz der Ausführungen des Verbandsvertreters den ursprünglichen Antrag annimmt, dem Ortskartell überweist und beruhigt auseinandergeht.

Hier fängt gerade die reformistische Kampfsabotage an. Da die Anträge nicht gleichzeitig von vielen Betrieben ausgehen und meistens bis auf weiteres liegen gelassen werden, während die Verbandsbürokratie erst wochenlang einen ganzen Schwanz von Beratungen, Untersuchungen und Verhandlungen einleitet — fällt die Kampfaktion ins Wasser und das Ergebnis bildet nach einer sehr langen Zeit ein Schiedsspruch, der höchstens ein Drittel oder ein Viertel der geforderten Lohnerhöhungen bewilligt und dies nur deshalb, weil inzwischen die Preise viel höher gestiegen sind. So wird der organisierte Lohnabbau durchgeführt.

Diese Kampfsabotage ist nur möglich, weil unsere Gewerkschaftsfraktionen ihre Arbeit nicht örtlich zusammenfassen und weil sie darüber hinaus keine zentrale Zusammenfassung über den ganzen Verband oder nas einheitliche Industriegebiet hergestellt haben. So wird hier der zentral organisierte Sabotagevorstoß der Gewerkschaftsführer nicht von zentral zusammengefaßten revolutionären Gewerkschaftsfraktionen abgewehrt, sondern durch das Auftreffen auf eine völlig zersplitterte revolutionäre Gewerkschaftsarbeit erfolgreich durchgeführt.

Diese Tatsachen müssen unseren Fraktionen viel zu denken geben. Die Reichstagswahlen sind vorbei und die rücksichtslose Verschärfung der geschlossenen kapitalistisch-reformistischen Offensive wird in den nächsten Wochen in beispiellosem Umfang einsetzen. Der straffste Aufbau unserer Fraktionen, ihre Zusammenfassung, ununterbrochene Mitarbeit und Koordination all ihrer Tätigkeit in dem betreffenden Industriegebiet und im Verbande — bildet die Voraussetzung der siegreichen Abwehr der kapitalistisch-reformistischen Offensive. **Unermüdliche Werbung der Unorganisierten für die freien Gewerkschaften unter revolutionären Losungen, erbitterter Kampf für die Einheit der Gewerkschaften — dies die weiteren Mittel, um die Kampfsabotage der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer zu brechen, die Gewerkschaften aus den Organen der Arbeitsgemeinschaft zu den Organisatoren des Klassenkampfes zu verwandeln.**

Sammelt Rote Hilfe!

Betrieb und Werkstatt

Verzweiflungstat eines Beamten der Fürstensteiner Gruben, Waldenburg.

Am 2. Dezember 1924 versuchte der Beamte, Steiger Karl Walter, 12. Steigerabteilung, Bahnschacht, seinem Leben dadurch ein Ende zu bereiten, indem er sich die Pulsadern durchschnitt. Da aber rechtzeitig Hilfe zur Stelle war, konnte dem zu diesem Verzweiflungsakt getriebene, ärztliche Hilfe zuteil werden, so daß er zur Stunde noch zu den Lebenden zählt.

Man möchte fast sagen täglich, ja stündlich häufen sich diese aus Verzweiflung geschehenen Selbstmorde. Kein Tag vergeht, ohne daß man derartige Fälle in der Presse liest. Auch diesen Fall wird man in bürgerlichen Kreisen anders beurteilen, als wie er in Wirklichkeit liegt. Steiger Walter befand sich längere Zeit in einem Erholungsheim, wegen seiner zerrütteten Nerven. Schließlich geistige Umnachtung und die Tat ist geschehen. So ungefähr ist das Urteil der besitzenden Klasse und ihrer Lakaien. Doch ich blicke etwas tiefer und suche das Uebel bei der Wurzel. Wie kommt es, daß ein Mann wie Steiger Walter, es war, in den 50er Jahren auf seine Nerven so kaput ist, um schließlich einer derartigen Tat fähig zu sein.

Auf Bahnschacht sitzt in der sogenannten Verwaltung ein sehr sauberes Kleeblatt, das es auf dem Gewissen hat, und diesen Mann so weit getrieben hat. Wie wurde doch gerade dieser Beamte von derartigen Leuten schikaniert und drangsaliert. Es war diesem Beamten nicht mehr möglich, die geringste Sache recht zu machen. Es verlohnt sich einmal, dieses saubere Kleeblatt etwas näher unter die Lupe zu nehmen. Ich will bei dieser Angelegenheit gleich der Rangliste nach gehen. Als erster Herr Bergrevisor Dr. Schmidt, wer kennt ihn nicht, diesen brutalen Menschenfreund? Ihm gesellt sich an, der gleichgesinnte Herr Bergverwalter Kober bei dem jeder Arbeiter ein großer „Fäulich" ist. Nebenbei hat der sich schon längst genäher einzugehen, lohnt sich nicht, da es die längste Zeit gedauert hat, wo er die Belegschaft belästigt. Zum Fahrsteiger Strunk möchte ich sagen: „Früh krümmt sich..." Beinah hätte ich die wohlste Marke vergessen, Herrn Obersteiger Schmidt, seines Zeichens nach so ein echter und rechter Gottesmann. Hört dieser saubere Herr mal einen Kumpel fluchen, so ist sein zweites oder drittes Wort bestimmt Gott und ewige Verdammnis. Kameraden des Bahnschachtes, sagt doch selbst, stehen seine Worte zu seinen Taten? Schikaniert er nicht die Kumpels auf jede Art und Weise? Wo er ebenfalls herausgeschnüffelt hat, daß seiner Meinung nach das Gedinge zu hoch ist, muß es sofort reduziert werden, sonst könnte sich schließlich ein Arbeiter mal ein Stück Wurst leisten oder seinen Kindern ein Stück Brot mehr auf den Tisch legen. und das wäre doch nicht nach echt christlicher Art. Ich erinnere mich, einmal ein Bild gesehen zu haben, wo einer drauf ist mit Pferdefuß und Hörnern. Sagt Kumpels und auch ihr unteren Beamten, sieht dieser Herr dem nicht ehr ähnlich, als dem friedliebenden Nazarener? Die hier genannten tragen ein groß Teil Schuld an der Nervenkrankheit des Steiger Walter. Und ihr übrigen Beamten der Fürstensteiner Gruben genau so, wie ich es als Arbeiter beobachte, werdet ihr es schon längst wissen, in was für einer Tretmühle ihr euch jetzt befindet. Warum warft ihr, wenigstens die meisten von euch, eure freigewerkschaftliche Organisation beiseite, die euch bei irgendwelchen Fällen Schutz bieten konnte? Warum schlagt ihr euch auf die Seite des Unternehmertums das euch genau so ausbeutet und bei Nichtbedarf genau so beiseite schiebt wie uns? Zeigt euch der vorliegende Fall nicht klar und deutlich, wie man auch mit euch umspringt? Beamte, besinnt euch noch im letzten Moment, seid Männer und stellt euch an die Seite des klassenbewußten Proletariats. Laßt ab von eurem Kastengeist der euch schließlich auf die Bahn schiebt eures unglücklichen Kollegen Walter. Beamte der Fürstensteiner Gruben! Genau so, wie ich es als einfacher Arbeiter weiß, daß die hier genannten eine gute Schuldenlast an eurem Kollegen Walter tragen, genau so wie ich es weiß, daß der eigentliche Urheber zu dieser Tat eures Kollegen die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaftsordnung ist. **genau so müßt ihr es wissen.** Helft uns, diesen morschen Bau zertrümmern um die sozialistisch-kommunistische Bedarfswirtschaft zu errichten.

Ein Arbeiter der Fürstensteiner Gruben.

Nette Zustände im Stadtbauamt Hindenburg oder eine sozialdemokratische Erziehungsmethode.

Das Stadtbauamt Hindenburg unterhält bekanntlich eine Reparaturwerkstatt. Diese untersteht einem sogenannten Rohrmeister mit Namen Kappik, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und Sozialdemokrat.

Am 26. November passiert nun folgender Vorfall:

Ein 65jähriger Maurer mußte tags zuvor einen Auftrag bekommen haben. Diesen Auftrag hat er aber infolge Mißverständnis nicht so ausgeführt, wie er ausgeführt werden sollte. Darüber wird der sozialdemokratische Rohrmeister wild und haut den alten Mann mit einem: Sie alter Esel, was haben Sie gemacht, — ich haue Ihnen ein paar in die Fresse, machen Sie, daß Sie rauskommen, verlassen Sie sofort den Hof, an. Es gehört schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit, Gemeinheit und auch Dummheit dazu, einen alten Mann in der Weise anzufahren, und das in dem Moment, wo der Herr Rohrmeister den Auftrag dem Manne selbst nicht genügend klar angegeben hatte.

Der Standpunkt dieses Rohrmeisters beleuchtet wieder einmal kraß, wie Sozialdemokraten sich benehmen, nachdem sie die Arbeiterschaft zum Sprungbrett für einen Posten mißbraucht haben. Die Schuld trifft nicht den alten Mann, sie trifft mehr den Rohrmeister selbst, der sich nicht einmal die nötige Zeit nimmt, den Leuten einen Auftrag gründlich aufzugeben sondern zusieht, wie er auf dem Dienstrade von einem Privatunternehmer zum anderen fahren kann, um kleine Privatgeschäftchen zu erledigen.

Die Erwerbslosen erheben schärfsten Protest gegen eine solche Behandlung durch die sogenannten Aufseher und fordern den Herrn Stadtbaurat auf, sofort Ordnung zu schaffen, andernfalls wir selbst gezwungen werden, nach dem Rechten zu sehen. Wir lassen uns nicht in einer derartigen Art und Weise von Leuten, die zur Aufsicht bestimmt sind, und nichts davon verstehen, anpöbeln. Der Gesamtarbeiterschaft aber erwächst die Aufgabe, solchen sozialdemokratischen Banditen die Quittung zu erteilen.

Breslau

Wo bleibt die Gasverbilligung?

Mit großem Tamtam brachten die sozialdemokratischen Stadtverordneten vor etwa 8 Wochen den Antrag auf Verbilligung des Gaspreises ein. Nachdem die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront den weitergehenden kommunistischen Antrag, der für Erwerbslose den Gas-Selbstkostenpreis forderte, abgelehnt hatte, kam der Antrag auf Verbilligung von 18 Pfennig zur Annahme.

Es sind acht Wochen vergangen. Das Gas ist nicht billiger geworden. Warum? Die Herren Sozialdemokraten, die so große Töne „Wir werden den Magistrat schon zwingen" usw. bei der Vorlage von sich gaben, haben nichts getan. Vor der Wahl nichts und nach der Wahl nichts. Sie werden auch nicht ernsthaft dafür sorgen, daß Beschlüsse des Stadtparlaments durchgeführt werden. Und so wie es hier im kleinen geht, ist es im Reichstag im großen. Die Sozialdemokraten machen Versprechungen, bringen auch Anträge zur Annahme, doch um die Durchführung kümmern sie sich nicht.

Die Breslauer Arbeiter haben den Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben. An diesem Beispiel können sie bereits sehen, wie sie betrogen werden. Wir Kommunisten haben nichts versprochen und versprechen nichts. Aber wir werden mit allen Mitteln dafür kämpfen, daß das Beschlossene in die Tat umgesetzt wird. Und damit werden wir das Vertrauen der Arbeiter gewinnen.

Stadtverordnetensitzung.

Die nächste, am Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags fünf Uhr tagende Stadtverordnetensitzung wird sich vor allem wieder mit der Erwerbslosenfürsorge beschäftigen. Die Stadtverordnetenausschüsse empfehlen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß allen Erwerbslosen, auch solchen, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen oder ausgesteuert sind, eine sofortige Reichsbeihilfe in Höhe von 30 Mark für Verheiratete, 60 Mark für Ledige mit eigenem Hausstand und 40 Mark für Ledige ohne eigenen Hausstand gewährt wird. Das heißt mit anderen Worten: der Antrag wird zu den Akten geworfen. Er kommt nicht zur Verwirklichung. Weiter beantragt der Magistrat allen Erwerbslosen, auch solchen, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen oder ausgesteuert sind, eine einmalige Beschaffungsbeihilfe in Höhe von 10 Mk. für jeden Erwerbslosen, für dessen Ehefrau 10 Mark und für jedes zum Hausstand gehörige Kind 5 Mark zu gewähren und umgehend auszuzahlen. Das ist viel zu wenig. Erneut zur Beratung stehen u. a. der kommunistische Antrag auf Ueberlassung der Schulräume an die proletarische Jugendorganisation, der Antrag des Magistrats auf Vermietung des Stadthauskellers an die Raiffeisen-Handelsgesellschaft.

— **Anstatt Verbilligung, Teuerung!** Vom 14. Dezember an wird der Nachtverkehr der Straßenbahn mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden wieder so geregelt werden, wie in früherer Zeit, nämlich derart, daß der erhöhte Fahrpreis auf allen Zügen zu entrichten ist, die nach 12 Uhr nachts die Endhaltestelle einer Linie verlassen und als „Nachtzüge" kenntlich gemacht sind. Dauerkarten, sowie Rückfahrkarten sind von diesem Tage ab auf Nachtzügen ungültig. Ihre Inhaber sind nicht mehr in der Lage, einen Zuschlagsfahrschein zu lösen, sondern müssen den vollen Nachtfahrpreis entrichten. Die Aenderung hat sich als notwendig erwiesen, weil die zur Zeit geltenden Bestimmungen über den Nachtverkehr sich nicht immer reibungslos durchführen ließen. Ueber den Eintritt der Zahlungspflicht im Nachtverkehr kam und kommt es öfter zu Unstimmigkeiten zwischen den Fahrgästen und dem Schaffner. Auch die Abfertigung wird durch die Ausgabe von Zuschlagskarten auf Dauerkarten und Rückfahrscheine erschwert.

* 5

Das bedeutet eine neuerliche Belastung der Werktätigen. Den aus den Vergnügungslokalen kommenden Besitzenden macht diese Verteuerung nichts aus. Wo bleibt der 10 Pfg.-Straßenbahntarif? Wo die Verbilligung des Gaspreises?

— **Steuerkarten für das Kalenderjahr 1925** werden bis zum 8. Dezember an alle Arbeiter, Angestellten, Ruhegehalts-, Witwen- und Waisengeldempfänger übersandt werden, die bei der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober d. Js. sich in Breslau aufgehalten und in einer Wohnungsliste Aufnahme gefunden haben. Diejenigen Arbeitnehmer, die bis zum 10. Dezember keine Steuerkarte erhalten haben, werden aufgefordert, die Ausfertigung einer solchen Karte werktags zwischen 8 und 3 Uhr im Magistratsbüro 5, Königsplatz 2, zu beantragen. Anträge auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages oder auf Gewährung einer Ermäßigung für mittellose Angehörige sind bei dem zuständigen Finanzamte, Anträge auf Berichtigung der Steuerkarte vom 10. Dezember ab beim Magistratsbüro 5 zu stellen. Alles Nähere über die Ausgabe der Steuerkarten und die Abfertigung der Steuerpflichtigen enthält eine Bekanntmachung der städtischen Steuerverwaltung an den öffentlichen Anschlagsäulen.

— **Geltungsdauer der Sonntagskarten an Weihnachten.** Zum diesjährigen Weihnachtsfeste gelten die Sonntagsrückfahrkarten vom 23. Dezember 12 Uhr mittags, bis zum 28. Dezember. Innerhalb dieser Zeit können die Sonntagsrückfahrkarten an jedem Tage zur Hin- und Rückfahrt benutzt werden.

— **Dachstuhlbrand im Grundstück Brigittental 16a.** Montag vormittag gegen 10 Uhr wurde die Feuerwehr von drei Stellen aus nach dem Grundstück Brigittental 16a gerufen. In den Bodenräumen war Feuer ausgebrochen, das beim Eintreffen der Wehr bereits einen großen Teil der Bodenkammern mit ihrem Inhalte, sowie die Dachstuhlkonstruktion ergriffen hatte. Mit zwei Schläuchen, deren einer das Treppenhaus, der andere von der Straße her über eine Magirusleiter geführt wurde, wurde das Feuer gelöscht. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich jedoch bis gegen 12 Uhr mittags hin. Die Entstehungsursache konnte nicht festgestellt werden.

Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7,30 Uhr

Ortsleitungssitzung.

Alles muß pünktlich zur Stelle sein.

Proletarische Spielgemeinschaft.

Zur Mittwoch-Probe treffen sich die Mitglieder der neuen Besetzung von § 218 um ½7 Uhr (Taschenstr.-Kanonenhof).

Die Leitung.

Achtung! Betriebszellenobleute!

Donnerstag, den 11. Dezember, abends 7½ Uhr findet im Lokal „Roter Löwe", Kupferschmiedestr. die Gesamtzellensitzung statt. Pünktliches Erscheinen erfordert die Parteidisziplin.

Ortsl. Abt. Zelle.

An alle Kolporteure und Literaturobleute!

Nachdem die „Schlesische Arbeiterzeitung" und die Buchhandlung von der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. in Breslau durch die Schlesische Verlagsgesellschaft G. m. b. H. in Breslau, Trebnitzer Straße 50, übernommen worden ist ersuchen wir nunmehr, alle Zahlungen mit den Vermerken, ob für Zeitung, Druckkosten, Inserate oder Literatur, auf unser neues Postscheckkonto

Breslau 544

einzuzahlen. Zahlkarten haben wir bereits heute abgesandt.

Schlesische Verlagsgesellschaft G. m. b. H.
Breslau 10, Trebnitzer Str. 50.
A. Müller.

Schlesische Gefängnisskandale und Herr Humann.

Nicht weniger als vier Berichtigungen haben wir über die von uns gebrandmarkten Zustände in den schlesisch. Gefängnissen von Herrn Humann, dem Strafvollzugs-Präsidenten, erhalten. Alle diese Berichtigungen bestätigen oder umgehen in dem berühmten preußischen Juristendeutsch die schlesischen Gefängnisskandale.

Eine Berichtigung aber fehlt uns noch, Herr Strafvollzugs-Präsident!

In Nr. 162, gerade über den Artikel „Wieder 'mal die Graupe", stellten wir unter der Überschrift: „3 Anzüge und ein Frack und dann — Berichtigungen" fest, daß sich Herr Humann, der „Humane" Strafvollzugs-Präsident, von den Beamtenschneidern (das sind Gefangene, die Schneiderarbeit leisten) gegen ein tägliches Entgelt von 12 - 16 Pfennige

3 Anzüge und 1 Frack bauen läßt.

Herr Humann, der „arme" Beamte, der mindestens Tausend Mark monatlich Gehalt hat, läßt sich also von seinen Gefangenen billig einkleiden. Er läßt sich auch von Gefangenen die Wohnung renovieren usw., alles für 12—16 Pfennige pro Tag.

Wehe aber dem kleinen hungerleidenden Justizwachtmeister, wenn er aus Menschlichkeit einem politischen Gefangenen eine kleine Vergünstigung zukommen läßt. Er wird gehängt, wie das Sprichwort sagt.

Um die „Glaubwürdigkeit" dieser Humannberichtigungen zu prüfen, empfehlen wir zu den folgenden „Berichtigungen" unseren Lesern die Nummern 162, 163 und 165 unserer Zeitung.

Nun lassen wir Herrn Humann sprechen:

Wieder 'mal die Graupe.

Breslau, den 18. November.

Zu dem Artikel „Wieder mal die Graupe!" in Nr. 162 vom 13. November 1924 ersuche ich wegen der in dem Artikel enthaltenen Unrichtigkeiten gemäß Paragraph 11 des Reichspressegesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung in der nächsten für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer zu veröffentlichen.

„Es ist unwahr, daß dem Gefangenen Karl Braun bei der Entlassung die Wäsche in schmutzigem Zustande ausgehändigt worden ist. Die Wäsche war tadellos sauber.

Es ist ferner unwahr, daß der Hausvater gesagt hat, man mache mit den Pennern viel zu viel her, die Wäsche sei rein genug. Eine derartige Äußerung ist überhaupt nicht gefallen.

Es ist auch unwahr, daß die Gefangenen Henke und Gläser vom C-Flügel nach dem D-Flügel verlegt worden sind, um die anderen Gefangenen nicht kommunistisch anhauchen zu lassen. Der Gefangene Henke hat vom Arzt die Erlaubnis erhalten, außerhalb des großen Kreises zu gehen."

J. V.: Dr. Ellersheim.

Tobsuchtszellen für Kranke.

Breslau, den 24. November.

Zu dem Artikel „Neue Gefängnisskandale in Schlesien" in Nr. 163 vom 14. November 1924 ersuche ich wegen der in dem Artikel enthaltenen Unrichtigkeiten gemäß Paragraph 11 des Reichspressegesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung in der nächsten für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer zu veröffentlichen:

Die Beruhigungszellen (nicht Tobzellen) des Untersuchungsgefängnisses sind mit allen dazu gehörigen Einrichtungen (Matratze, Leibstuhlgefäß) usw. versehen. Der in dem Artikel erwähnte Gefangene Weber verrichtete aber seine Notdurft abseits neben das Gefäß, beschmierte die Wände mit Kot, riß seine Kleider vom Leibe und die Matratze wiederholt in Fetzen. Der Aufenthalt des Weber in der Beruhigungszelle dauerte auch nur kurze Zeit und ist abgebrochen worden, sobald der Zustand des Weber es erlaubte.

Als Todesursache des am Schlusse erwähnten Gefangenen ist ärztlicherseits „Delirium" festgestellt worden. Daß der Mann ein „viel tragischeres Ende" gefunden habe ist eine Unwahrheit.

J. V.: Dr. Ellersheim.

Schlesische Gefängnisbestien

Breslau, den 1. Dezember 1924.

Zu dem Artikel „Schlesische Gefängnisbestien" in Nr. 163 B vom 14. November 1924 ersuche ich wegen der in dem Artikel enthaltenen Unrichtigkeiten gemäß § 11 des Reichspressegesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung in der nächsten für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer zu veröffentlichen

Berichtigung.

„Es ist unwahr, daß Klose sich drei Wochen in der Arrestzelle befand. Richtig ist, daß er zeitweilig zur eigenen Sicherheit in einer mit allen Einrichtungen einer gewöhnlichen Gefangenenzelle ausgestatteten „Isolierzelle" untergebracht worden war.

Es ist unwahr, daß Klose von der Freistunde ferngehalten worden ist, daß er sich häufig geweigert hat, an der Freistunde teilzunehmen, sondern er im Bette liegen blieb, trotzdem er gesund war.

Es ist unwahr, daß Klose mit Faustschlägen usw. mißhandelt und mit Ausdrücken wie Lump und dergleichen belegt worden ist.

Es ist unwahr, daß Klose 6 Wochen in einer „Arrestzelle" hat zubringen müssen (vergleiche oben Satz 1); es ist ferner unwahr, daß er gefoltert worden ist.

Es ist unwahr, daß der Schreiber des Artikels vom Anstaltsarzt „zum Krüppel" gemacht worden ist. Wahr ist, daß der Arzt diesen Gefangenen, wie alle anderen durchaus sachgemäß behandelt hat. Die Worte: „Er kann ja ruhig sterben" hat der Arzt niemals gebraucht."

J. V.: Dr. Ellersheim.

Der Radlewski-Skandal

Berichtigung.

Es ist unwahr, daß Radlewski in einer kotbeschmierten Arrestzelle mit Steinboden untergebracht gewesen ist. Das Untersuchungsgefängnis hat überhaupt nur Arrestzellen mit Parkettholzböden. Die Wände waren frisch gestrichen, sind aber von Radlewski von neuem bekritzelt worden.

Es ist unwahr, daß die Gefängnisverwaltung die Arreststrafen verhängt hatte. Richtig ist, daß der Untersuchungsrichter sie verhängt hatte. Es ist unwahr, daß der Pfarrer der Anstalt „Kommunistenhetze" getrieben hat. Wahr ist, daß der Pfarrer stets bemüht gewesen ist, über den Parteien zu stehen.

Es ist unwahr, daß die Gefangene Radlewski das hiesige Strafgefängnis schwach und elend verlassen hat. Sie war an einer Blinddarmentzündung erkrankt, ist sachgemäß behandelt und in gebessertem Zustande entlassen worden.

Es ist unwahr, daß der Gefängnisarzt erst nach zwei Wochen erschienen ist, wahr ist, daß er die Behandlung der Radlewski sofort nach ihrer Erkrankung übernommen und täglich fortgeführt hat. Der Arzt hat Milch und 2. Kostform verschrieben.

J. V.: Dr. Ellersheim.

Das sind die Leute, das ist die Partei, welche Euch in der kommenden schweren Zeit vertreten wollen, die um Eure Stimmen buhlten. Gebt diesem Geschmeiß den verdienten Fußtritt.

Liebau. Von der Liebauer Reichsbanane. Vor ungefähr 14 Tagen fuhren einige unserer Genossen per Bahn von Liebau nach Landeshut und sangen im Zuge das Bolschewistenlied. Ein nationaler Spießer Liebaus hielt sie für Reichsbananen und kritisierte im Liebauer Käseblatte das ungebührliche Betragen derselben, da sie doch Kommunistenlieder sangen. Ha, ha. Wie vorauszusehen war, ließen die hiesigen SPD-Fritzen diesen Schimpf nicht auf sich sitzen und prompt las man am Dienstag, den 24. 11. im Käseblatte ihre Erwiderung unter der Ueberschrift: „Liebauer, wacht auf"! In diesem Artikel weist die SPD. entrüstet den Vorwurf zurück, daß Reichsbannerleute revolutionäre Lieder singen. Unerhört! Man ist ja stets bestrebt, den Frieden im Lande zu wahren, zu allem denunziert man noch unsere Genossen als: „führende Kommunisten am Orte". Sehr gut so. Wir verstehen bloß nicht, warum sich die Reichsbananen so aufregen, die Liebauer Arbeiter wissen ja sowieso, daß die SPD. nicht revolutionär ist.

An unsere Berichterstatter.

Wegen Raummangel konnten wir alle Artikel und Versammlungsberichte, die für die Wahl zugeschnitten waren, nicht veröffentlichen. Wir bitten das zu berücksichtigen.

Genossen! Jetzt, nach der Wahl, erlahmt nicht in der Berichterstattung. Wir wollen die Zeitung der Arbeiter sein. Dazu brauchen wir Euch!

Die Redaktion der „Schl. Arb.-Ztg.".

Theater und Konzerte.

— **Die lustigen Weiber von Windsor**, die jetzt im Thaliatheater aufgeführt werden, sind ein Ausschnitt aus dem gewaltigen Klassenkampfe zwischen Bürgertum und Feudalismus. In der Figur des dicken und verliebten Ritters John Falstaff verspottet Shakespare den untergehenden Feudaladel, der sogar von den Weibern des Bürgertums übertölpelt wird. Gespielt wird mit großem Schwung. Besonders ist Ludwig Stössel als Falstaff unnachahmlich.

Aus der Geschäftswelt.

— **Im Zirkus Busch in Breslau** auf dem Luisenplatz sind jetzt Hunderte von Handwerkern und Künstlern beschäftigt, welche unter Leitung des Architekten Pötzsch das Gebäude um- und ausbauen und eine Umgruppierung der Platzeinteilung vornehmen, so daß die Stehplätze ganz verschwinden und ausschließlich Sitzplätze existieren, von denen die meisten Polstersitze erhalten.

Die große, neue Heizungsanlage wird für eine ständige, gute Erwärmung des Riesenkuppelbaues sorgen und den Besuchern einen behaglichen Aufenthalt sichern.

Die technischen Einrichtungen der Bühne erhalten für die Aufführung der neuen großen Manege-Schauspiele eine bedeutende Verbesserung.

Daraus geht hervor, daß die Direktion des Zirkus Busch unter großen Kosten die demnächst beginnende eigene, vielversprechende Winterspielzeit großzügig vorbereitet.

Einen neuen Leser, Genosse!

Der heutigen Ausgabe liegt der „Rote Stern" Nr. 13 bei.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glückauf, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Aus der Provinz

Ein Pastor als Mädchenschänder.

Dieser in Nr. 177 unserer Zeitung veröffentlichte unerhörte gemeine Vorgang eines christlichen teutschen Mannes zieht bereits seine Kreise. Wie uns mitgeteilt wird, soll der betreffende mädchenschändende Pfaffe bereits vom Dienst dispensiert sein. Aber es sind schon acht Tage vergangen und noch haben wir nichts von der Staatsanwaltschaft gehört.

Wo bleiben Sie, Herr Staatsanwalt?

Haben Sie schon den Herrn Pastor verhaftet?

Sie sind doch sonst so eifrig.

Im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung, im Interesse jedes anständigen Menschen verlangen wir die Bestrafung eines solchen Sittenwächters!

Einen halben Pfennig monatliche Unfallrente.

Das Los der Arbeitsinvaliden.

In Glogau fand ein Unfallrentner von der Post eine ordnungsmäßig abgestempelte und vom Briefträger dem Adressaten ins Haus getragene Postkarte vor:

„Sie werden ersucht, Ihre einmalige Unfallrente 1 (einen) Pfennig für die Zeit vom 1. 11. bis 31. 12. 24 ebenfalls abheben zu wollen oder die Sicherungsgründe hierunter angeben. Rentenstelle."

Der Empfangsberechtigte hatte vor Jahren einen Unfall erlitten. Jetzt wagen die Behörden der deutschen, auf so gerechten Republik, einen Arbeitsinvaliden so zu verhöhnen. Ein General, ein Massenschlächter, des Weltkrieges, der nie gearbeitet hat, bekommt 850 Mark monatlich. Ein Unfallrentner darf sich einen halben Pfennig abholen.

Arbeitsinvaliden, Altersrentner! Protestiert gegen eine solche Schmach!

Den Verrätern ins Stammbuch.

In welch gemeiner, verlogener Weise die SPD., einzelne ihrer Anhänger und die Gewerkschaften sich gegen die Kommunisten und gegen die Wahrheit einstellen, beweisen die Angriffe des abgerinnschaften SPD.-Bezirks-Betriebsratsmitgliedes Häring der Werkstatt Dittersbach gegen den jetzigen, der KPD. angehörenden Betriebsrat Huschek. Häring hat als Bezirksbetriebsrat im Februar d. Js. an der Verlängerung der Arbeitszeit auf 12 Stunden unter Ausschaltung der Pausen mitgewirkt. In der darauf folgenden Betriebsrätesitzung in Dittersbach, wo über das Ergebnis der in Breslau gepflogenen Verhandlungen betr. Verlängerung der Arbeitszeit durch Häring berichtet wurde, hat Kollege Huschek sich in energischster Weise gegen die von Häring mit vertretenen Verschlechterungen gewandt. Das ist eine Tatsache, die durch nichts entkräftigt werden kann. Wenn heute Häring, und mit ihm die SPD., in ihrer Presse zu Lügen greifen müssen, um ihren Verrat an Arbeiterinteressen zu decken, so beweist dies ihre Verlumptheit. Kollege Huschek hat in seinen weiteren Bemühungen um Rückeroberung der durch und mit Häring verlorenen Positionen keine Unterstützung durch den überwiegend SPD. orientierten Bezirks-Betriebsrat gefunden, wie das Antwortschreiben vom 18. Oktober beweist. Also, nicht die Kommunisten sind die Zerstörer des Achtstundentages und der Einheit der Gewerkschaften, sondern die Kreaturen um Häring. Als Vorsitzender des DVV. hat Häring, entgegen dem Statut, Mitgliedern die Bücher vorzeitig abgenommen und sich geweigert, die Mitglieder bei Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen zu unterstützen. Desto mehr hat Häring seine Betriebsratstätigkeit zu persönlichen Amüsements in Breslau auszunützen verstanden, wie eine Abreibung des Häring durch den Bezirksleiter des DVV. in einer der letzten Mitgliederversammlungen bewies. Kollegen!

Theater

Dienstag, 9. 12. 1924:

Stadttheater
„Intermezzo"

Lobetheater
„Die Journalisten"

Thaliatheater
„Die lustigen Weiber von Windsor"

Schauspielhaus
„Gräfin Mariza"

Liebich-Theater
Variete-Vorstellung

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr:
In neuer Ausstattung:
Gräfin Mariza

Liebich Theater
Täglich 8 Uhr:
Paul Beckers
und das große
Weihnachts-Programm

Versammlungskalender.

Breslau. Alle Metallarbeiter, wie alle Genossen, die in Metallbetrieben arbeiten, Dienstagabend 7,30, im „Roten Löwen", Kupferschmiedestr. Fraktionssitzung. Die Vertrauensleute und Betriebsräte gehen restlos in die Vertrauensmännersitzung im Gewerkschaftshaus.

— Achtung Getriebezeichenleute. Donnerstag, den 11. 12., abends 7,30, im Lokal „Roter Löwe", Kupferschmiedestr., Gesamtgesellensitzung.

— Bezirk „Nord-Ost". Freitag, den 12. Dezember abends 7,30, Bezirksversammlung, Hirschstr. 6.

Kindergruppen

Breslau. Achtung! Kindergruppen! Genossen und Genossinnen helft der Kindergruppe der JAH. unterstützt sie. Schickt Eure Kinder in die Kindergruppe der JAH.

Bezirk Nord. Zusammenkünfte Montags und Sonnabends, nachm. 3—5 Uhr, bei Freier, Michaelisstraße 3.

Inseriert in der Schles. Arbeiter-Zeitung

Jedem vorwärtsstrebenden **Arbeiter** sind die **Ankündigungen** unserer **Buchhandlung** ganz besonders zu empfehlen

LANGENBIELAU

Fahrradhaus
Reparaturwerkstätte
HERMANN GOLZ
Ober-Langenbielau

Wo?
inseriert man am vorteilhaftesten?
Nur!
in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung"!

A. & S. Schmieder
Langenbielau, Reichenbacher Straße 75
Fernsprecher: Amt Reichenbach Nr. 105
Die vorteilhafte Bezugsquelle der werktätigen Bevölkerung

Brot- und Feinbäckerei
Robert Voitzsch

Drogerie Gold-Becher
Filiale Eulen-Drogerie
Ober-Langenbielau
Herren- und Damen-Garderobe, sämtliche Arbeitskleidung, Trikotagen, Gummimäntel für Herren und Damen zu billigsten Preisen
Heinrich Lux
Ober-Langenbielau

die Kraft ihrer eigenen Partei nicht aus. Die Sozialdemokraten stellen deshalb proletarische Organisationen, in erster Linie die freien Gewerkschaften, in den Dienst ihrer reaktionären und arbeiterfeindlichen Politik. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben ihre Neutralitätsphrase zum alten Eisen geworfen und vertreten ausschließlich die Interessen des sozialdemokratischen Führerklüngels.

Diese Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie ist nur möglich, weil die deutschen Kommunisten zum Teil den Sinn der Beschlüsse der RGI. noch nicht in vollem Umfange begriffen und demzufolge ihre Arbeit in den Gewerkschaften noch nicht in erforderlichem Maße aufgenommen haben. Es ist darum höchste Zeit, daß sich unsere Genossen auf ihre revolutionäre Pflicht besinnen. Die wohl schwere aber unumgängliche Arbeit unter dem ausschlaggebenden Teil des Proletariats, der in den Gewerkschaften organisiert ist, muß mit allen Kräften aufgenommen werden, um die reformistische Politik zu verhindern und alle Betrugsversuche der Reformisten zu vereiteln. Dieser Kampf gegen den Reformismus und seine Träger muß eine organisierte und disziplinierte Arbeit aller Kommunisten sein. Die Fraktionen zur einheitlichen Arbeit, zum einheitlichen Auftreten, zum gemeinsamen Wirken in den Gewerkschaften müssen rasch und energisch gefestigt und ausgebaut werden. Sie müssen, und sei es noch so schwer, die Arbeiter von der Notwendigkeit ihrer Organisation in den Gewerkschaften überzeugen, sie den Gewerkschaften zuführen und mit allen oppositionell denkenden und fühlenden Arbeitern den Kampf gegen den Reformismus in den Gewerkschaften führen.

Die beste Möglichkeit hierzu gibt der Wahlkampf, der von uns und unserer Partei nicht ausschließlich als Wahlkampf, sondern in erster Linie zum Kampf um mehr Lohn und Brot, zum Kampf gegen Reformismus und Sozialdemokratie genutzt werden muß. Es darf keine Gewerkschaftsversammlung, keine Betriebsräteversammlung, keine Belegschaftsversammlung vergehen, in der nicht die Kommunisten, zu Fraktionen vereinigt und mit den oppositionellen Arbeitern zur Opposition zusammengeschlossen, den Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei als den Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse aufnehmen. Noch während des Wahlkampfes müssen, wenn die Kommunistische Partei Deutschlands zu einer bolschewistischen Partei werden soll, alle Kommunisten restlos den Gewerkschaften beitreten und für Organisierung der Arbeitermassen sorgen.

Der Zentral-Ausschuß hat insbesondere die Funktionäre der Partei verpflichtet, ihre revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften bis spätestens 1. Dezember aufzunehmen. An der Durchführung des Beschlusses seitens der Parteileitung darf auch bei keinem Funktionär ein Zweifel bestehen. Unsere Partei wäre keine kommunistische, keine bolschewistische Partei, sie wäre ein sozialdemokratischer Klub, wenn sie den Funktionären der Partei gestatten würde, die Beschlüsse der Weltkongresse und des Zentralausschusses zu umgehen und zu mißachten. Die drohenden Gefahren, in denen das deutsche Proletariat schwebt, können nur gebannt und niedergeschlagen werden, wenn die deutsche Partei, das sind alle deutschen Kommunisten, von neuem die Führung des Proletariats, besonders in den Gewerkschaften, sich erkämpfen. Es ist widersinnig, von Bolschewisierung der Partei zu sprechen, aber bolschewistische Pflichten in der Gewerkschaftsbewegung nicht zu erfüllen. Es ist widersinnig, von revolutionärem Klassenkampf, von der Organisierung der Revolution und des Aufstandes zu reden und gleichzeitig die Führung der deutschen Gewerkschaftsbewegung den Sozialdemokraten zu überlassen. Die deutsche Partei wird ihre Rolle zur Vorbereitung und Durchführung der Revolution nur erfüllen können, wenn die Beschlüsse des 3. Weltkongresses der RGI. und des 5. Weltkongresses der Komintern Gemeingut aller Genossen geworden und von ihnen praktisch durch ihre Arbeit in den Gewerkschaften durchgeführt sind.

Betriebsrätewahlen.

Die Neuwahl der Betriebsräte steht vor der Tür. Trotz aller Verfolgungen der Unternehmer, trotz des schlimmsten Terrors in den Betrieben müssen die Wahlen eine bedeutende Stärkung der Betriebsräte erfahren. Während der Reichstagswahlen hat die Bourgeoisie ihre eigentlichen Absichten verschleiert, aber nach den Wahlen wird die Unternehmeroffensive mit ganzer Brutalität fortgeführt werden.

Die Unternehmer denken nicht daran, auch nur ein Jota ihres Erfüllungsprogramms aufzugeben. Noch vor kurzem erklärte Dr. Sorge, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Industrie:

„Wir haben das Dawes-Gutachten angenommen, und müssen auch die Voraussetzungen für seine Erfüllung schaffen. Diese Voraussetzungen lauten: längere Arbeitszeit, dadurch mehr und billigere Erzeugnisse . . . Die Verbesserung der Lebenshaltung eines Volkes kann nicht durch Lohnerhöhungen, sondern ausschließlich durch Mehrleistungen pro Arbeitstag und Mensch hervorgerufen werden, da Lohnerhöhungen inflationistisch wirken . . . Eine Lohnpolitik, die ihren Ausgangspunkt in den Lebenshaltungskosten und dem Indexlohn nimmt, muß für uns überhaupt schlechthin undiskutabel sein . . . Ein Hinaufdrücken des Lohnes muß zu weiteren Betriebsstillegungen führen, da Preiserhöhungen angesichts der Weltbewerbslage nicht in Frage kommen . . . Die soziale Versicherung muß abgebaut werden . . . Die Steuerlasten aufs Kapital müssen erleichtert werden oder der Abbau der Entlohnung muß gefördert werden . . . Die Spanne zwischen gelernter und ungelernter Arbeit muß wieder wie vor dem Kriege hergestellt werden.“

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften national und international, gehört auf die Tagesordnung jeder Gewerkschaftsversammlung.

Die Kommunisten müssen ihn auf die Tagesordnung setzen; denn die Einheit der Gewerkschaften allein schafft die Möglichkeit erfolgreicher Arbeitskämpfe.

Für den erfolgreichen Abwehrkampf gegen die hier angekündigte ungeheure Verschärfung der Ausbeutung sind die Betriebsräte von größter Bedeutung. Die Unternehmer wissen das und daher ihr verstärkter Kampf gegen sie. Aber die Betriebsräte stehen nicht nur der Unternehmerfront gegenüber. Die Gewerkschaftsbürokratie sieht in den Betriebsräten, in kampfkräftigen Klassenorganen der Arbeiterschaft die stärkste Bedrohung ihrer Koalitionspolitik. Herr Nörpel, der Betriebstheoretiker des ADGB., fordert offen die Beseitigung der Betriebsräte. Soll die Durchführung des Dawes-Planes sichergestellt sein gegen erfolgreiche Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft, dann müssen die Betriebsräte entweder verschwinden oder absolut willfährige Knechte der Unternehmer sein. Die Hetze der SPD.-Gewerkschaftsbürokratie gegen die Betriebsräte liegt auf einer Linie, wie ihre Spaltungsoffensive gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Hier wie dort geht es der Gewerkschaftsbürokratie darum, jeden entschiedenen Kampf gegen die Ausbeutung zu verhindern.

Arbeitsfähige, kampffähige Betriebsräte schaffen, muß das Ziel der kommenden Betriebsrätewahlen sein. Betriebsräte, die wirkliche Klassenorgane sind, die die Kraft besitzen, die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie zu brechen, den Abwehrkampf gegen die Dawesversklavung praktisch zu organisieren und zu führen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die kommunistischen Zellen in den Betrieben, müssen sofort an die Vorbereitungen gehen, um die Betriebsrätewahlen zu einer Stärkung der proletarischen Klassenfront auszunutzen. Die Betriebsrätewahlen sind zehnmal wichtiger als Reichstagswahlen. Das muß wiederum an der Spitze unserer Arbeit stehen.

In den Betrieben wird der Kampf um die freigewerkschaftliche Liste entbrennen. Die SPD.-Bürokratie wird alles versuchen, um zu verhindern, daß die Kommunisten die freigewerkschaftliche Liste beherrschen. Sie hofft, bei dieser Gelegenheit wieder mit neuen Massenausschlüssen gegen die kommunistischen Betriebsräte, die auf Oppositionslisten gewählt werden, vorgehen zu können. Die Kommunisten müssen diesen Absichten zu begegnen wissen. Sofort muß mit verstärkter Arbeit an die Organisierung der Arbeiter in den freien Gewerkschaften gegangen werden. Die Zellen müssen systematisch den Betrieb Abteilung für Abteilung durcharbeiten und die Unorganisierten zur Aufnahme bewegen, um auf diese Art und Weise bei der Aufstellung der Kandidaten eine revolutionäre Mehrheit in der freigewerkschaftlichen Betriebsversammlung zu erhalten, und durch sie die freigewerkschaftliche Liste durch revolutionäre Arbeiter zu besetzen. Große Reserven stehen unserer Arbeit zur Verfügung. Wir müssen es verstehen, sie zu mobilisieren. Es hängt nur von der energischen Arbeit jedes Kommunisten ab, von der Aktivität und der organisierten Arbeit aller Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft, den Erfolg unserer Arbeit herbeizuführen.

Für oder gegen die Betriebsräte, mit Nörpel gegen die Betriebsräte oder mit der KPD. für die Erhaltung der Betriebsräte und den Kampf um die Erweiterung ihrer Rechte, so muß die Frage in den Betrieben und Gewerkschaften gestellt werden.

Heran an die Arbeit, um durch unsere Erfolge bei den Betriebsrätewahlen einen Schritt vorwärts in der revolutionären Entwicklung zu tun, um mit Betriebsrätewahlen auch eine Stärkung unserer Positionen in den Gewerkschaften zu erreichen. Die Freigewerkschaftliche Liste muß mit revolutionären Arbeitern besetzt werden, das ist das Ziel, das in zäher Arbeit erreicht werden muß und kann.

Nummer 18 Jahrgang 4

Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Bezugspreis: Einzelnummer 10 Pfennig	Berlin, im Dezember 1924	Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH., Berlin, Dianufer 17. Red.: [illegible], Berlin, Rosenthaler Str. 38

Eine neue Teufelei.

Die deutschen Amsterdamer sind drauf und dran, einen neuen ungeheuren Verrat zu begehen, um die besitzende Klasse vor dem Kampf der Arbeiterschaft zu schützen. Der neue Verrat übertrifft die bisherigen Schandtaten bei weitem, denn diesmal geht es nicht nur um das deutsche, sondern um das gesamte internationale Proletariat.

Auf dem russischen Gewerkschaftskongreß in Moskau haben die Engländer unter Führung Purcells, des Vorsitzenden der Amsterdamer Internationale, ein Bündnis mit den russischen Gewerkschaften geschlossen. Sie haben ein gemeinsames Aktionskomitee gebildet, das die Aufgabe hat, die Kraft der russischen und englischen Gewerkschaftsbewegung zu mobilisieren und alle Kräfte gemeinsam einzusetzen für den Kampf um die Einheit der Gewerkschaften der Amsterdamer und der roten Gewerkschaftsinternationale, auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes. Damit ist eine wichtige Etappe erreicht. Der Kampf um die internationale Gewerkschaftseinheit ist aus dem Stadium der propagandistischen Vorbereitung in das Stadium der organisierten Aktion getreten. Trotz tatsächlicher Differenzen, die von keiner Seite verheimlicht werden, besteht jetzt zwischen den mächtigsten Gewerkschaften der Welt eine direkte organisatorische Verbindung. Die russischen Gewerkschaften haben damit auch die Isolierung, in die die Amsterdamer Internationale sie zu drängen versuchte, verhindert. Daß die Verbindung der russischen und englischen Gewerkschaften nicht mehr abreißen wird, dafür liegt die Garantie in den Massen der englischen Gewerkschaftsmitglieder, die bisher den englischen Gewerkschaftsführern den Weg zu den russischen Gewerkschaften vorgeschrieben haben und die weiter dafür sorgen werden, daß das jetzige Verhältnis zu einem dauernd festgefügten Block des Klassenkampfes gegen die Front der Arbeitsgemeinschaftler und Koalitionspolitiker in der internationalen Gewerkschaftsbewegung wird.

Die Reaktion der rechten Amsterdamer hat bereits eingesetzt. Ihre Führer sind die deutschen Amsterdamer. Zu ihrer Verstärkung versuchen sie jetzt, den ausgesprochensten Gewerkschaftsreaktionär Gompers wieder in die Amsterdamer Internationale hineinzubringen. Dieser Gompers, der mit den unter seiner Führung stehenden amerikanischen Gewerkschaften aus der Amsterdamer Internationale ausgetreten ist, weil sie ihm zu „revolutionär“ war. Gompers wird nicht zögern. Gompers als der getreue Lakai der Morgan und Compagnie wird die Gelegenheit benutzen, um das Gebäude, das der Vertreter des amerikanischen Imperialismus, General Dawes, zur Beherrschung Europas durch Amerika aufgebaut hat, zu sichern dadurch, daß er die europäischen Gewerkschaften unter seine Führung bringt, um damit jede Aktion gegen den Dawes-Plan zu verhindern. Die deutschen Amsterdamer beweisen mit ihrem Schritt zur Wiedergewinnung Gompers, daß sie zur völligen Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus bereit sind. Mit Gompers wollen sie ein Kontergewicht schaffen gegen den englisch-russischen Block, gegen die Revolutionierung der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Um das zu erreichen, sind sie bereit, die internationale Gewerkschaftsbewegung unter das Kommando von General Da[illegible] und seines Unterführers Gompers zu stellen.

Die deutschen Amsterdamer versuchen das, was sie mit der Auslieferung der deutschen Gewerkschaften an die deutsche Bourgeoisie getan haben, mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu wiederholen. Es ist klar, daß die sich entwickelnde internationale Gewerkschaftseinheit gleichbedeutend ist mit der Herausbildung einer internationalen proletarischen Klassenfront gegen das Weltkapital. So wie die deutschen Amsterdamer ihre wesentliche Aufgabe darin sehen, die deutsche Bourgeoisie vor dem revolutionären Angriff des deutschen Proletariats zu bewahren und dazu die deutschen Gewerkschaften benutzen, so betrachten sie jetzt ihre Aufgabe darin, das internationale Kapital vor dem internationalen einheitlichen, revolutionären Klassenkampf zu schützen.

Internationale Gewerkschaftseinheit bedeutet nicht nur eine Verstärkung der internationalen Klassenfront. Internationale Solidarität im Klassenkampf hat gleichzeitig zur Folge eine bedeutende Kräftigung auch des Klassenkampfes gegen das Kapital in den einzelnen Ländern. Das deutsche Proletariat gewinnt für seinen Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie einen besonderen Kräftezuwachs. Wenn wir nur an die deutschen Bergarbeiter denken, so ergeben sich für jeden Bergarbeiterkampf in Deutschland ganz andere Erfolgsmöglichkeiten, wenn durch die enge internationale revolutionäre Verbundenheit die englischen Bergarbeiter Solidarität üben und jede Streikbrecherarbeit ablehnen, was bisher durch die Sabotage der Amsterdamer Internationale nicht möglich war. Um die deutsche Bourgeoisie vor dieser Gefahr zu retten, ist also die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland bereit, auch die Internationale dem amerikanischen Imperialismus für seine Zwecke auszuliefern, denn nur von seiner Gnade lebt die deutsche Bourgeoisie.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie Deutschlands ist drauf und dran, das internationale Proletariat so zu verraten und zu verkaufen, wie es mit dem deutschen Proletariat geschehen ist. Gleichzeitig soll die deutsche Arbeiterschaft isoliert werden von der in den internationalen revolutionären Kämpfen ausschlaggebenden Arbeiterschaft Englands und Rußlands. Diese Isolierung bedeutet aber für die deutschen Arbeiter nur noch schärfere Knebelung durch die deutsche Bourgeoisie und ihre reformistischen Lakaien.

Der Weg zum Bündnis mit den englischen und russischen Arbeitern, der Weg zur revolutionären internationalen Gewerkschaftseinheit führt für die deutschen Arbeiter nur über den Kampf gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland. Die deutschen Reformisten haben schon unzweideutig erklärt, daß sie auch vor einer Spaltung der Amsterdamer Internationale nicht zurückschrecken werden, wenn die englischen Gewerkschaften ihr Streben nach engster Verbindung mit den russischen Gewerkschaften nicht aufgeben. Die reformistischen Führer werden die Absicht durchführen, wenn ihnen die deutschen Arbeiter, die Mitglieder der

freien Gewerkschaften, nicht das Handwerk legen. Es wird abhängen von der Energie und von der planmäßig organisierten Arbeit der revolutionären Gewerkschafter, ob es den Reformisten gelingt, die internationale Gewerkschaftseinheit zu verhindern und die Gewerkschaftsinternationale zu einem willfährigen Instrument des Weltkapitals zu machen.

Die internationale Entwicklung kommt der deutschen Arbeiterschaft, den revolutionären Gewerkschaftern zu Hilfe. An ihrer Haltung zur internationalen Gewerkschaftseinheit, mit ihren Versuchen, offen eine konterrevolutionäre Front gegen die englische und russische Arbeiterschaft aufzurichten, enthüllt sich aufs neue ihre schamlose Verräterrolle. Die Phrase von der internationalen völkerbefreienden Sozialdemokratie zerplatzt wie eine Seifenblase. Zum Vorschein kommt ein neuer, noch viel größerer Verrat als der bisher verübte. Die jetzige

Jeder Kommunist reiht sich sofort ein in die Kampffront gegen den Reformismus in den freien Gewerkschaften.

Der Endtermin, bis zu welchem jedes Parteimitglied wieder seiner Gewerkschaft angehören muß, ist der 1. Februar.

Aber die Kommunisten können nicht warten. Die Aufgaben sind riesengroß. Jeder muß sofort aktiver Kämpfer werden.

Hinein in den Verband. Hinein in die Gewerkschaftsfraktion. Jeder Kommunist muß s o f o r t danach handeln.

Haltung der Amsterdamer wird den Erkenntnisprozeß in der deutschen Arbeiterschaft beschleunigen. Die revolutionären Gewerkschafter haben die Aufgabe, entgegen den Verrätereien der Amsterdamer die Fahne der internationalen Solidarität des Proletariats gegen das internationale Kapital hochzuhalten, den Erkenntnisprozeß durch ihre unermüdliche Arbeit zu fördern.

Kommunisten an die Front! heißt es jetzt. Ohne aktivste Arbeit eines jeden einzelnen Kommunisten in den freien Gewerkschaften gibt es keinen organisierten Kampf gegen die Herrschaft der Reformisten. Ungeheure Reserven stehen für den Kampf zur Verfügung. Die Millionen Arbeiter, die, angewidert durch die reformistischen Verrätereien, ausgetreten sind, müssen wieder hinein in die Kampffront in den freien Gewerkschaften; die Kommunisten müssen sie wieder in ihnen organisieren. Mit ihnen gemeinsam einen festen Block der revolutionären Gewerkschafter schaffen, der die deutschen Arbeiter mit den englischen und russischen Gewerkschaftern verbindet. Mit ihnen gemeinsam den Kampf um die internationale Gewerkschaftseinheit, der zur Bildung einer internationalen Klassenfront führt, und den konterrevolutionären Block, der geplant ist zum Schutz des Kapitals, zertrümmert durch die Beseitigung der reformistischen Führer der deutschen Gewerkschaften.

Die Lehren des österreichischen Eisenbahnerstreiks.

K. S. Der große Eisenbahnerstreik, der in der zweiten Novemberwoche die österreichischen Bundesbahnen stillegte, ist das erste Beispiel eines großen gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Auswirkungen der Dawesierung Mitteleuropas. Er muß daher von uns sehr eingehend studiert werden.

Zuerst einige Tatsachen. Der Streik brach aus infolge abgelehnter Lohnforderungen, wobei der Unterschied zwischen den Gewerkschaftsforderungen und dem Angebot der Bundesbahndirektion ziemlich gering war. Er ging außerdem um die Aufrechterhaltung des unkündbaren Dienstverhältnisses, die Pensionsberechtigung der abgebauten Beamten und die Grundlage für die Bemessung der Pension. Die unter sozialdemokratischer Führung stehende Gewerkschaft, der „Rechtsschutz- und Gewerbeverein“ hatte nach dem Grundsatz Otto Bauers „alle Klassen müssen Opfer bringen“ bis zum letzten Moment gebremst und das Konzessionsangebot als Verhandlungsgrundlage angenommen, wobei er sich sogar frommer zeigte als die beiden anderen ebenfalls im Kampf stehenden Verbände, der christliche und der völkische. Es ist interessant, daß gerade der gelbe völkische Verband die weitestgehenden Forderungen stellte und auch eigentlich den Streik unmittelbar auslöste. Die Durchführung des Streiks war ziemlich schlapp. Er endete mit einem Kompromiß, das aber vom Standpunkt der Eisenbahner,

gemessen an den gewerkschaftlichen Forderungen, sogar einen gewissen positiven Erfolg gehabt hat. Die Lohnregelung blieb zwar etwas hinter den Forderungen zurück, doch wurde die Aufrechterhaltung der Pensionsberechtigung und die Bemessung der Pensionen auf 90 Prozent durchgesetzt.

Was haben wir als Kommunisten zu diesem Streik, seiner Führung und seinem Ausgang zu sagen? Wir würden von vornherein eine falsche Stellung einnehmen, wenn wir uns auf den rein gewerkschaftlichen Standpunkt stellen und von „Verrat“ sprechen würden, weil statt der geforderten 48,6 „Märzbezüge“ nur 47 erreicht wurden. Gerade die Tatsache, daß die gelbe Gewerkschaft die höchsten Forderungen stellte, sollte uns zeigen (auch wenn man annimmt, daß dieser Verband seinen Geldgebern „durchgebrannt“ ist), daß die bloße Steigerung der gewerkschaftlichen Forderungen noch nicht revolutionäre Gewerkschaftspolitik bedeutet. Aber heißt das nicht den erwähnten Grundsatz Otto Bauers annehmen? Keineswegs. Dieses „entweder-oder“ besteht nur für den, der auf dem Boden des rein gewerkschaftlichen Kampfes steht (was heute praktisch bedeutet, auf dem Boden des Kapitalismus stehen) und es nicht wagt, diesen Boden zu verlassen, das Problem des Kampfes revolutionär zu stellen, also politisch.

Der österreichische Eisenbahnerstreik wurde in der Tat von der Gewerkschaftsbürokratie verraten. Aber es war nicht deshalb ein Verrat, weil die Forderungen nicht voll durchgesetzt wurden. Der österreichische Eisenbahnerstreik wurde verräterisch geführt, weil alle drei Gewerkschaften den Kampf beschränkt zunftmäßig führten, weil sie die Losung ausgaben (bzw. vom sozialdemokratischen Verband übernahmen) „der Kampf ist kein Politikum“, weil sie sich ängstlich hüteten, den objektiv revolutionären Charakter des Kampfes selbst und den großen Massen des ausgebeuteten Volkes in Oesterreich zum Bewußtsein zu bringen, sie zum Bündnis mit den Eisenbahnern aufzurufen. Dies allein aber heißt einen Gewerkschaftskampf revolutionär führen. Wer das versäumt oder gar verhindert, verrät den Streik, er mag in den rein gewerkschaftlichen Forderungen noch so „radikal“ sein.

In Oesterreich lag die Sache so, daß die Bewilligung der Lohnforderungen für die Regierung keineswegs unmöglich war. Es wäre ganz falsch, zu glauben, daß der bloße gewerkschaftliche Kampf der Eisenbahner vermocht hätte, das Genfer Sanierungswerk zu zerreißen oder auch nur ernstlich zu erschüttern. Was die Regierung fürchtete und warum sie die Rücktrittskomödie aufführte, war die Bildung einer großen revolutionären Front gegen den österreichischen Dawes-Pakt, ein Bündnis der Eisenbahner nicht nur mit den Arbeitern und Bundesbeamten, sondern auch den Kleinbauern, die unter der Sanierung leiden. Diesem Bündnis ist sie mit der verräterischen Hilfe der Gewerkschaften sehr geschickt begegnet: ihr objektiv ganz unbegründeter Rücktritt sollte die Eisenbahner den übrigen Schichten gegenüber in die Rolle der egoistischen Ruhestörer drängen, bevor diese Schichten noch begriffen hatten, daß die Eisenbahner die Sache des ganzen werktätigen Volkes vertraten. Daß trotz dieser pompösen politischen Geste ökonomische Konzessionen gemacht wurden, sogar recht rasch, ist bezeichnend und sagt gar nichts für den Erfolg des Kampfes selbst. Denn die Regierung hat es (eben mit Hilfe der Gewerkschaften) verstanden, auch diese Konzessionen s o zu machen, daß sie die revolutionäre Front spalten. Die (übrigens durch die Lohnerhöhungen und Pensionen keineswegs gerechtfertigte) Erhöhung der Personentarife der Bundesbahnen um 30 Prozent soll allen anderen Schichten und Klassen zeigen: seht, auf eure Kosten haben die Eisenbahner einen Erfolg errungen! Nebenbei: die Gütertarife wurden wohlweislich nicht erhöht, denn das hätte zuerst das Unternehmertum zu fühlen bekommen.

Und hier liegen die großen Lehren, die der österreichische Eisenbahnerstreik den revolutionären Gewerkschaftern, der ganzen Arbeiterklasse Deutschlands gibt. Die sozialdemokratische „Bescheidenheit“ wie der völkische „Radikalismus“ in diesem Streik sind gleichermaßen Verrat gewesen an den Klasseninteressen des Proletariats, weil beide den Blick der Arbeiter ablenkten von ihrer revolutionären Führerrolle, von ihrer p o l i t i s c h e n Aufgabe, und sie durch kleine, vorübergehende Zunftvorteile sowohl untereinander wie mit den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten entzweiten (oder doch sich die größte Mühe gaben, es zu tun). Es ist wohl eine „Lastenverteilung“, die im österreichischen Eisenbahnerstreik zum Ausdruck kommt, aber eine, über die das Kapital nur behaglich schmunzelt, weil sie, so fortgeführt, höchstens zu einer Prügelei der verschiedenen werktätigen Schichten untereinander führt. Wir müssen verstehen, daß jeder Kampf um „Lastenverteilung“ dahin führen muß sowohl in Deutschland wie in Oesterreich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine Lastenverteilung zwischen Kapital und Arbeit, sondern in gewissem Grade höchstens zwischen dem Proletariat und den anderen ausgebeuteten Klassen. Das weiß das Kapital sehr

gut und bedient sich dieser „Lastenverteilung“ seit Jahrzehnten zur „Bestechung“ der Arbeiter: im Imperialismus auf Kosten der Kolonialvölker, in der ersten Inflationszeit zum Teil auf Kosten des Mittelstandes. Die kommunistischen Arbeiter wissen heute, daß sich die Arbeiterklasse nicht anders befreien kann, denn an der Spitze all dieser Klassen und Völker, daß daher unsere Parole in dem heutigen Kampf nie und nimmer sein kann „Lastenverteilung“, sondern nur: Zerreißung des Dawes-Pakts. Und unser Ziel: alle ausgebeuteten Klassen unter dieser Losung zum Sturz der vom Imperialismus gekauften Henkerregierung zu sammeln.

Welche Rolle spielen nun in diesem Kampfe die Lohnbewegungen? Auch hier gibt Oesterreich eine gute Lehre: Es zeigt, daß es falsch ist zu glauben, daß Lohn- und Arbeitszeitkämpfe als solche „den Dawes-Pakt sprengen“, wie man heute oft hört, daß man zu diesem Zweck eben nichts anderes tun müsse, als in sie hineingehen und sie durch Stellen und Steigern der Forderungen voranzutreiben, und daß sie später von selbst in den politischen Kampf „umschlagen“ würden.

Nehmen wir das österreichische Beispiel und setzen wir den Fall, die Eisenbahner hätten die doppelten Forderungen gestellt, und dank einer lückenlosen Organisation, trotz ihrer zunftmäßigen Einstellung, einen vollen Sieg errungen; es wäre dennoch ein Pyrrhussieg geworden, seine „automatische“ politische Folge wäre keineswegs die proletarische Revolution gewesen, sondern im Gegenteil die Spaltung der revolutionären Front: er hätte die Bauernschaft auf die Seite der Bourgeoisie getrieben und schließlich zur Niederschlagung der Arbeiter, also zur Befestigung der Sanierung geführt. Für Oesterreich läßt sich diese Entwicklung denken, weil es dort der Sozialdemokratie dank der besonderen außenpolitischen Lage, der staatlichen Verstümmelung usw. möglich war, ihre beschränkte Zunftpolitik zwischen Revolution und Konterrevolution durchzubalancieren. In Deutschland ist diese Politik der Sozialdemokratie längst in jene Sackgasse gelangt, da sie offen zur Konterrevolution übergehen mußte. Dennoch haben damit die rein gewerkschaftlichen Kämpfe keinen anderen Sinn erhalten. Unterstellen wir die gewaltigsten, überhaupt denkbaren Streikbewegungen, aber mit rein gewerkschaftlichen, zunftmäßigen Zielen, so wäre allenfalls eine „Sprengung“ des Dawes-Planes vorstellbar, aber nur in einer Richtung, die wir keineswegs wünschen: nämlich in der Richtung eines neuen imperialistischen Krieges. Dies ist freilich nur ein erfundenes Beispiel. Was es aber an Wirklichkeit enthält, ist dies: rein gewerkschaftliche Kämpfe der Arbeiterschaft können wohl von „selbst“ zu politischen Ergebnissen führen, doch nur zur bürgerlichen Politik, nicht zur revolutionären Politik, zum Sturze der Bourgeoisie. Dazu gehört die bewußte revolutionäre Arbeit, dazu gehört, daß die revolutionären Gewerkschafter sie v e r b i n d e n mit dem allseitigen p o l i t i s c h e n Kampf, den die kommunistische Partei o r g a n i s i e r t.

Die Lohnkämpfe sind nur ein T e i l dieses Kampfes. Dies zu vergessen ist sehr wichtig, und die Vorbedingung, um sie selbst revolutionär führen zu können. Revolutionär heißt p o l i t i s c h führen heißt, sie nicht nur im Betrieb und nicht stehen, daß man bloß in die Lohnkämpfe selber hineingehen und dort politisches Geschwätz machen müsse. Lohnkämpfe p o l i t i s c h führen heißt, sie nicht nur im Betrieb und nicht nur unter der Arbeiterschaft führen, sondern sie v e r b i n d e n mit den anderen ausgebeuteten Klassen, heißt also hineingehen nicht nur in die Arbeiterschaft, sondern auch in die anderen Schichten. So erst erhält das Wort politisch einen konkreten Sinn.

Was wird die Aufgabe der österreichischen Kommunisten sein? Nicht etwa, den gelben Völkischen in der Höhe der Forderungen den Rang abzulaufen. Nein. Die österreichischen Kommunisten werden hineingehen müssen in die arme Bauernschaft, die Verbindung herstellen müssen zwischen den kämpfenden Arbeitern und den ausgebeuteten Bauern und Kleinbürgerschichten. So paradox es klingen mag: dies wird auch der Weg für sie sein zu größerem Einfluß in der Arbeiterschaft.

In Deutschland liegt das Problem ähnlich. Wir werden die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe auf dem Wege der Revolution vorantreiben, den deutschen Arbeitern ihr revolutionäres Selbstbewußtsein zurückgeben, die gewerkschaftlichen Kämpfe eingliedern in den großen revolutionären Befreiungskampf zum Sturz der Bourgeoisie und zur Brechung der Ketten von Londen, indem wir sie nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern in allen ausgebeuteten Klassen des Volkes führen, indem wir beherzigen, was Genosse Sinowjew in den Tagen des österreichischen Eisenbahnerstreiks auf dem 6. Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetunion sagte:

„Lenin belehrte unsere Partei und die Genossen, die in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, darüber, daß nicht der ein Politiker ist, der „nur“ an die Arbeiter denkt, sondern der, der an das ganze Land denkt und sich als Führer, als Hauptkraft der Revolution fühlt.“

Die nächste Etappe.

Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit steht vor wichtigen Aufgaben. Es gilt die Mobilisierung der Arbeiterschaft für den Kampf gegen den Dawes-Plan, für höheren Lohn und für den Achtstundentag, und den Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung national und international auch in Deutschland vorwärtszutreiben. Das Bollwerk, das zu überwinden ist, ist die Herrschaft der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in den freien Gewerkschaften. Selbstverständlich läßt sich das eine von dem anderen nicht trennen. Der Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Massen durch die kommunistische Gewerkschaftsarbeit die Sabotage der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe durch die Reformisten erkennen, sich um die kommunistische Führung in den Gewerkschaften scharen und mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen die Saboteure führen.

Die Voraussetzungen dafür sind gut organisierte disziplinierte arbeitende Gewerkschaftsfraktionen. Haben wir die heute? Nein. Die Lücken, die die Ausschlüsse und die Spaltungsmanöver der Reformisten und die Austritte in die Reihen der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder gerissen haben, sind noch nicht wieder geschlossen. Wir haben aber keine Zeit zu verlieren. Die reformistische Offensive gegen die Kommunisten geht weiter. Sie wird sich verschärfen, wenn es uns nicht gelingt, die Mitglieder der freien Gewerkschaften dagegen zu mobilisieren. Wiederum ist die Voraussetzung dafür das Vorhandensein gut funktionierender Gewerkschaftsfraktionen. Alle Kräfte müssen deshalb jetzt auf die Organisierung der Fraktionen konzentriert werden.

Der Zentralausschuß hat beschlossen, daß bis zum 1. Februar jeder Kommunist, soweit er nicht ausgeschlossen ist, wieder Mitglied seiner freien Gewerkschaft sein muß. Die vor uns stehenden Aufgaben, die Fortsetzung der Ausschlußpolitik müssen aber jedem Kommunisten beweisen, daß er nicht bis zum 1. Februar warten kann. Er muß sofort die Mitgliedschaft in seiner Gewerkschaft erwerben. Er muß sich sofort einreihen in die kommunistische Kampffront, gegen den Reformismus. Er muß sofort hinein in die kommunistische Fraktion seines Verbandes und dort in ihr arbeitenden Genossen in ihrer schweren Arbeit unterstützen.

Mit Beginn des neuen Jahres finden in allen Verbänden die Wahlen des Funktionärkörpers, der Krankenkassen und Ortsverwaltungen statt. Bei diesen Wahlen müssen wir wirksam in Erscheinung treten können. Aber auch das ist nur möglich, wenn alle Kommunisten restlos ihre Pflicht tun. An der Spitze der gesamten Parteiarbeit muß daher als nächstes Ziel die Organisierung der Fraktionen stehen.

Heran an die Arbeit und mit allen Kräften, und sie wird erfolgreich sein.

Heraus zur Gewerkschaftsarbeit.

Wenn bei einer Anzahl von Parteigenossen noch irgendwelche Zweifel über die Richtigkeit der Beschlüsse des Kongresses der Komintern und RGI. bestanden, dürften diese durch die gegenwärtige Situation, in der sich die deutsche Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung befindet, auch beim letzten Mitglied unserer Partei beseitigt werden.

Die Sozialdemokraten müssen, weil sie den Londoner Pakt durchführen wollen, jede Regung der Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer Lage unterdrücken. Die Sozialdemokraten müssen der Bourgeoisie bei der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens, bei der Lastenabwälzung auf die Arbeiterklasse helfen und damit alle Lohnbewegungen und Streiks nach Möglichkeit verhindern. Die Sozialdemokraten müssen die Rechte der Betriebsräte und diese selbst beseitigen (siehe Körpel vom ADGB.). Die Sozialdemokraten müssen für Betriebsstillegung, Betriebseinschränkung, für Entlassung der Eisenbahner und Beamten eintreten. Sozialdemokraten führen den Wahlkampf gemeinsam mit dem Zentrum und den Demokraten im Zeichen des Reichsbanners Schwarz-rot-gold unter der glorreichen Führung des Hermann Mörsing [illegible] auszuschließen gegen [illegible] Einheit. Ihr Kampf gegen die Deutschnationalen ist nur ein Scheinkampf und ein Betrugsversuch, ihre wirkliche Politik vor den Augen der Arbeiterklasse zu verschleiern.

Zur Durchführung ihrer arbeiterfeindlichen Politik sehen